

VOLKSSOLIDARITÄT



ZWISCHEN LAUSITZ

UND UCKERMARK

MAGAZIN DES LANDESVBANDES BRANDENBURG E.V. | 2 · 2020

Neue Tagespflege
eröffnet | 3

Welttag der Pflege | 7

PFLEGE

BRAUCHT

KRAFT

VOLKSSOLIDARITÄT: MINISTERIUM MUSS BETREUUNG DEMENZKRANKER MENSCHEN ERMÖGLICHEN

Mit der Bitte, auch in Corona-Zeiten die alltagsbegleitende Unterstützung gerade für demenzkranke Patienten sicherzustellen, hat sich die Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e. V. an das brandenburgische Gesundheitsministerium gewandt. In einem Brief machte VS-Pflegeexperte Andreas Heil darauf aufmerksam, dass aufgrund der Kontaktsperre vor allem Demenz-Patienten in eine erhebliche Nachteilslage geraten, vereinsamen und „die Welt nicht mehr verstehen“. Das angebotene Ausweichmittel der Telefon-Sorge greife hier nur bedingt oder gar nicht, weil diese Menschen dafür nicht zugänglich seien und sie mit diesem Mittel auch nicht umgehen könnten.

In seinem Schreiben bat der Experte, der gleichzeitig Vorstandsmitglied der brandenburgischen Volkssolidarität ist, die politischen Verantwortlichen im Ministerium dringend darum, für eine Lösung dieses Problems zu sorgen. Es gehe um die „Angebote zur Unterstützung im Alltag“ (nach § 45b SGB XI). Diese Leistung der Pflegeversicherung ermöglicht es Pflegebedürftigen, alltagsbegleitende Unterstützung durch Ehrenamtliche zu erhalten. Allein in Potsdam seien über 50 Ehrenamtliche der Volkssolidarität in diesem Bereich tätig. Jedoch: „Die derzeitige

Rechtslage, d. h. das Abstandsgebot und das Kontaktverbot, lässt eine Betreuung der Menschen nicht zu.“ Die Aufforderung der Behörden, telefonisch mit den Menschen in Kontakt zu bleiben und dadurch Unterstützung zu leisten, sei im Falle der demenzkranken, meist älteren Menschen nicht zweckmäßig, weil hier diese Form der Betreuung aus den genannten Gründen nicht möglich sei. Dies hätten Anfragen beim Medizinischen Dienst der Krankenkassen ergeben. Eine schriftliche Anfrage an das Ministerium sei bisher unbeantwortet geblieben.

Für die Volkssolidarität unterstrich Andreas Heil, dass bei demenzkranken Menschen erfahrungsgemäß Telefonate nur sehr bedingt sinnvoll seien. Zudem seien diese Menschen zumeist nicht in der Lage, die Gesamtsituation zu verstehen. Es bestehe daher das Risiko, dass diese Menschen vereinsamen und sich deren psychischer Zustand so sehr verschlechtere, dass eine stationäre Pflege kurzfristig unumgänglich werde. Trotz der durch Corona eingeschränkten und mit Auflagen behafteten Möglichkeiten seien viele Ehrenamtliche nach wie vor bereit, diesen Menschen zu helfen.

Ausdrücklich und dringend wird namens des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volkssoli-

darität seitens des Experten das Ministerium gebeten, eine zeitnahe Lösung für dieses Problem anzubieten. Dabei müsse einbezogen werden, dass die derzeitigen Forderungen und Richtlinien im Zusammenhang mit Corona für Privatpersonen nicht immer eingehalten werden könnten. (1,5 Meter Abstand). Wenn beispielsweise der oder die Ehrenamtliche dem Pflegebedürftigen in die Jacke helfe oder ihm den Mundschutz aufziehe, sei mehr Nähe unumgänglich. Das gelte auch für Spaziergänge im Freien.



PFLEGEHEIME SIND KEINE GEFÄNGNISSE

Schon zu Beginn der Pandemie hat die Volkssolidarität sowohl Bund als auch die Länder dringend aufgefordert, die andauernde Isolation von Älteren in Pflegeeinrichtungen zu beenden. In einer Erklärung des Bundesvorstands heißt es: „Die massiven Einschränkungen der Menschenrechte sind ein handfester Skandal und zeigen ein Menschenbild, das mit den Werten der Volkssolidarität nicht vereinbar ist“, Und weiter: Dort hinein „passen“ dann auch die Forderungen nach Sicherheitsvorkehrungen für Ältere und die Klage darüber, dass möglicherweise Menschen geret-

tet werden würden, die sowieso nur noch ein halbes Jahr zu leben hätten. „Eine solche Aussage ist menschenverachtend. Bezeichnend ist, dass ein Protestschrei seitens der Regierung, der Opposition und der Zivilgesellschaft bisher ausgeblieben ist“. Die Frage der künstlichen Beatmung von multimorbiden Patient*innen bei der bekannt hohen Todesrate müsse natürlich diskutiert werden. Entschieden werden könne dies nur von Betroffenen, Angehörigen und Intensivmedizinern. „Geleitet werden darf die Antwort auf keinen Fall von Kosten und Finanzierung.“

BONUSZAHLUNG FÜR PFLEGEKRÄFTE

„Wenn dem Applaus und den Dankesbekundungen keine Taten folgen, können solche Gesten von den Pflegekräften nur als zynisch bewertet werden, erklärt der Präsident der Volkssolidarität Dr. Wolfram Friedersdorff: „Die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus hat die Arbeit von Pflegerinnen und Pflegern, die schon vor der Krise unserer Gesellschaft einen unschätzbaren Dienst erwiesen haben, in den Vordergrund gerückt. Sowohl die Kranken- als auch die Altenpflege müssen endlich flächendeckend angemessen

honoriert werden, andernfalls entscheiden sich immer weniger Menschen für diesen so wichtigen Beruf.“ Allerdings weist Dr. Friedersdorff auch auf Finanzierungsvorbehalte hin: „Die Refinanzierung der Bonuszahlung muss sichergestellt werden. Es darf nicht passieren, dass die Bonuszahlung aufgrund des von der Volkssolidarität massiv kritisierten Teilleistungsprinzips der Pflegeversicherung am Ende von den Pflegebedürftigen über einen höheren Eigenanteil getragen wird.“



WELTTAG DER PFLEGE

VOLKSSOLIDARITÄT FORDERT VERSTETIGUNG DER WERTSCHÄTZUNG

Anlässlich des Welttages der Pflege am 12. Mai forderte die Volkssolidarität in Brandenburg, eine substantielle Wertschätzung für diese Berufsgruppe auch über die Corona-Krise hinaus beizubehalten. Wie Verbandsratsvorsitzende Bettina Fortunato in einer gegenüber den Medien verbreiteten Erklärung sagte, dürfe es nicht zu einem Rückfall in die Zeit vor der Pandemie kommen, als die wichtige Arbeit der Pflegerinnen und Pfleger nicht die ihr gebührende Achtung in der Gesellschaft erfahren habe.

„Pflege ist gelebte Menschlichkeit und die ist für unser Land wie für alle anderen Länder unverzichtbar“, fuhr Fortunato fort. Das habe sich in den vergangenen Wochen und Monaten gezeigt, als die Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter in den Pflegeberufen ihre Arbeit unter den erschwerten Bedingungen professionell erledigt hatten. „Daher darf ihnen auch später die Anerkennung der Bevölkerung und der Politiker nicht versagt bleiben.“

Laut Fortunato zeigt diese Krise auch, wie knapp die Ressource Pflege in unserem Land geworden ist. Allein in Brandenburg seien 3000 Ausbildungsplätze in Pflegeberufen derzeit unbesetzt. Das hänge auch mit der eher dürftigen Entlohnung in diesem Bereich zusammen, welche für junge Menschen, die vor der Berufswahl stehen, oft nicht attraktiv sei. Die Verbandsratsvorsitzende verwies darauf, dass die Volkssolidarität als erster Arbeitgeber in diesem Bereich für ihre Verbandsbereiche in Brandenburg den Flächentarifvertrag auch

für die Pflegekräfte in Kraft gesetzt habe. Das Land müsse dafür Sorge tragen, dass die Pflege in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern (ambulant, teilstationär, vollstationär) schnell und tragfähig durchfinanziert wird. Daran habe es in den Vorjahren immer wieder gefehlt. Landespolitische Entscheidungen, die mit Fragen der Pflege in Zusammenhang stehen, sollten künftig nicht getroffen werden, ohne dass die Vertreter der Pflegefachberufe zuvor angehört werden, mahnte die Verbandsratsvorsitzende. Eine Lehre aus Corona sei auch, dass die Zahl der bereitgehaltenen Krankenhausbetten zu gering sei und nur durch kurze Liegezeiten der Patienten kompensiert werden könne. Das stelle eine sehr risikobehaftete Situation dar.

VOLKSSOLIDARITÄT



ZWISCHEN LAUSITZ

UND UCKERMARK

MAGAZIN DES LANDESVERBANDES BRANDENBURG E.V. | 1 · 2020



EHRENAMT

HELDEN

BRAUCHT

Ein Fest der Feste | 4
Gutes im Sinn | 7

CORONA-VIRUS

SCHUTZMASSNAHMEN FÜR PFLEGEBEDÜRFTIGE | ANGEHÖRIGE | PFLEGEFACHKRÄFTE

INTERVIEW MIT ANDREAS HEIL, VORSTANDSMITGLIED PFLEGE DER VOLKSSOLIDARITÄT LV BRANDENBURG E. V.

Herr Heil, müssen Menschen, die gepflegt werden, ihre Angehörigen aber auch Pflegefachkräfte jetzt Angst haben, vielleicht sogar vor der Pflege-Handlung selbst?

Da rate ich zur Sachlichkeit, aber auch zur Vorsicht. In vielen Fällen verläuft eine Infektion mit dem Corona-Virus ohne Symptome oder mit leichten grippeähnlichen Symptomen. Sicher ist aber auch, dass pflegebedürftige Menschen zu den besonders gefährdeten Personengruppen gehören. Bei ihnen kann das Virus zu einer Lungenentzündung führen. Aus diesem Grund empfehlen wir den Frauen und Männern, die gepflegt werden, ihren Angehörigen sowie auch den Pflegefachkräften Maßnahmen zu ihrem Schutz.

Worin bestehen die wichtigsten?

Zu den Maßnahmen der Vorbeuge gehört, dass der unmittelbare Körperkontakt mit anderen Menschen möglichst vermieden wird. Es ist geraten, einen Sicherheitsabstand von 1 bis 2 Metern einzuhalten. Bevor man als Angehöriger zu einer pflegebedürftigen Person geht, sollten die Hände 30 Sekunden lang mit Seife gründlich gewaschen werden. Das Gleiche gilt für die pflegebedürftige Person vor dem Essen und nachdem sie Kontakt zu anderen Menschen hatte.

Was gehört noch dazu?

Für alle gilt: Niesen und husten Sie in die Ellenbeuge. Vermeiden Sie so weit wie möglich, sich ins Gesicht zu greifen; insbesondere die Schleimhäute von Mund, Nase, Augen sollten keinen Kontakt zu den Fingern haben. Für unsere Klienten gilt: Trinken Sie viel (1,5 bis 2 Liter am Tag), trinken Sie immer ein Glas pro Stunde, stellen Sie sich einen Wecker, um sich daran erinnern zu lassen. Essen Sie genügend, um im Krankheitsfall über Reserven zu verfügen. Lüften Sie Ihre Wohnung zwei Mal am Tag für jeweils 10 Minuten gut durch. Besprechen Sie mit Ihrem Hausarzt die Möglichkeit der sinnvollen Impfungen (Pneumokokken-Impfung, Influenza, Keuchhusten empfohlen durch Bundesgesundheitsministerium).

Was gilt es, im Verhältnis zur Familie oder Freunden zu beachten?

Wie die Dinge heute liegen, sollte die Teilnahme an Veranstaltungen/Treffen mit mehreren Personen (Familienbesuche, Nachbarn, Kirche etc.) vermieden werden.

Kann man sich auch mit Material „eindecken“?

Hier rate ich dazu, zum Verbrauch bestimmte Pflegehilfsmittel zu kaufen oder zu bestellen,

wie Handschuhe, Desinfektionsmittel, Atemschutzmasken Klasse FFP3 – sofern sie verfügbar sind. Pflegebedürftige sollten Besucher bitten, eine Schutzmaske am Eingang der Wohnung anzulegen, sofern diese vorhanden ist. Hinweis: Lassen Sie den oder die besuchende Person den Namen auf die Schutzmaske schreiben. Beim nächsten Besuch kann dieselbe Person dann genau diese Maske wieder verwenden. In der Zwischenzeit muss die Maske zum Trocknen aufgehängt werden. Ich empfehle weiterhin, den behandelnden Arzt zu bitten, solche Medikamente, die häufig benötigt und damit schnell verbraucht werden, für einen längeren Zeitraum zu verschreiben. Das wäre ein Weg, um Lieferengpässe zu vermeiden. Hier vorausgesetzt, dass diese Möglichkeit besteht.

Was soll der Klient oder die Pflegekraft tun, wenn sie glauben, sich mit Corona angesteckt zu haben?

Um das Gesundheitssystem zu entlasten, rät die Bundesregierung zur Einhaltung der Regelungen, die durch das Robert Koch-Institut veröffentlicht wurden. Wichtig dabei: Lassen Sie nur dann einen Corona-Test durchführen, wenn Sie Fieber und Husten haben bzw. die Atmung erschwert ist und/oder bereits Kontakt zu einem an Corona infizierten Menschen hatten. Oder wenn Sie sich selbst vor Kurzem in einem Risikogebiet aufgehalten haben. Eine täglich aktualisierte Liste der Risikogebiete finden Sie hier: www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Risikogebiete.html

Wie ist der Weg zum Test?

An erster Stelle steht der Anruf beim jeweiligen Hausarzt. Dieser muss dann weitere Anweisungen geben. Hierbei ist entscheidend, dass man sich nicht ohne Termin in die Praxis begibt. Das ist enorm wichtig! Sollte der Arzt nicht erreichbar sein, sind folgende Corona-Rufnummern in Brandenburg zu wählen:

- 116 117 (ärztlicher Bereitschaftsdienst)
- 0331 8683-777 (Bürgertelefon des Landes Brandenburg für das Corona-Virus)
- Telefonnummern der Gesundheitsämter: <https://tools.rki.de/PLZTool/>

Wie können Klienten

und Angehörige selbst zur Stabilisierung der Lage beitragen?

Viel hängt davon ab, dass das Pflegepersonal in der gegenwärtigen Lage entlastet wird und arbeitsfähig bleibt. Ich bitte daher zu prüfen, auf welche Leistungen unserer Pflegedienste derzeit verzichtet werden kann. Ist beispielsweise die zeitaufwendige Reinigung der Wohnung vielleicht auch verzichtbar? Darüber muss die Pflegedienstleitung informiert werden. Eine große Hilfe wäre auch, wenn Angehörige der zu pflegenden Menschen vorübergehend einzelne oder alle Leistungen erbringen können, die derzeit durch den Pflegedienst erbracht werden. Hier denke ich u. a. an Einkäufe, Pflegemaßnahmen, Verabreichen von Medikamenten.

Was sollte speziell im Kontakt zu dem Pflegedienstmitarbeitern beachtet werden?

Diese Menschen stehen derzeit unter einer hohen psychischen und physischen Belastung. Ich bitte darum, in der derzeitigen Lage auf persönliche oder länger andauernde Gespräche mit unseren Mitarbeitern zu verzichten. Unsere Kollegen*innen*innen verwenden derzeit alle Kraft darauf, die Minimalversorgung für alle Pflegebedürftigen in unseren Einrichtungen sicherzustellen. Gleichzeitig müssen sie die Mehrarbeit der erkrankten Kollegen*innen*innen übernehmen. Am ehesten ist uns geholfen, wenn ihnen gegenüber Rücksicht waltet und sie ohne Verzögerung ihrer Arbeit nachgehen können.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder und Freunde der Volkssolidarität in Brandenburg, aufgrund der Vielzahl an Informationen zum Thema Coronavirus, haben wir eine kleine Internetseite zu Ihrer Information erstellt: <https://corona.vsbrb.de/>



VOLKSSOLIDARITÄT



ZWISCHEN LAUSITZ

UND UCKERMARK

MAGAZIN DES LANDESVERBANDES BRANDENBURG E.V. | 4 · 2019



Erfolgreich und
solide aufgestellt | 4

Tarifvertrag:
Volkssolidarität Vorreiter | 8



UNTER DER GRÜNEN FAHNE



VOLKSSOLIDARITÄT BETEILIGTE SICH AN „FRIDAY FOR FUTURE“

Mehrfach im vergangenen Jahr sind tausende Menschen in ganz Brandenburg für mehr Klimaschutz auf die Straße gegangen. Daran hat sich auch die Volkssolidarität beteiligt. Allein in Potsdam zählten die Organisatoren mehr als 5000 Demonstranten, als sich am 20. September „zahlreiche Kinder, Jugendliche und Erwachsene vor der Nikolaikirche am Alten Markt in Potsdam trafen. Viele waren mit Fahrrädern gekommen. Danach zog die beeindruckende Menge mit vielfältigen und phantasievollen Transparenten durch die Stadt. Im Verlaufe dieser bislang größten Veranstaltung ihrer Art in der Landeshauptstadt

kündigten die Aktivisten an, es werde nicht das letzte Mal gewesen sein, dass sie sich auf diese Weise bemerkbar machen würden. Im November fand erneut ein Aktionstag statt. Der Landesvorstand der Volkssolidarität hat Mitglieder, Freunde und Mitarbeiter aufgerufen, sich daran zu beteiligen. Die Brandenburgische Volkssolidarität fühlt sich mit allen Initiativen, Aktivitäten und zivilgesellschaftlichen Entwicklungen verbunden, die dem Klima-, Umwelt- und Naturschutz heute und in Zukunft dienen. Mit dabei waren neben der Volkssolidarität andere Sozialverbände, Umwelt- und Entwicklungsor-

ganisationen wie Greenpeace und Brot für die Welt, aber auch die evangelische Kirche, die Gewerkschaft Ver.di und der Deutsche Kulturrat. Am Ende sollen es deutschlandweit über 500 Demonstrationen gewesen sein. Der Sozial- und Wohlfahrtsverband Volkssolidarität mit seinen über 28.000 Mitgliedern und über 2.000 Beschäftigten erwartet laut seinem Verbandsrat zügige und vor allem wirksame Maßnahmen zum Schutz des Klimas und der Umwelt, die den Generationen der Kinder und Enkelkinder ein gesundes und menschenwürdiges Leben dauerhaft ermöglichen und gewährleisten.

TIPPS ZUR PFLEGE

SACHLEISTUNGEN KÖNNEN ZUR UNTERSTÜTZUNG IM ALLTAG UMGEWANDELT WERDEN

Im eigenen Zuhause leben können, auch wenn im Alltag Unterstützung im Rahmen der Pflege gebraucht wird – dies ist ein Wunsch, den viele Menschen haben. Aber auch Pflegepersonen, welche aktiv in die Pflege ihrer Angehörigen eingebunden sind, brauchen ab und an einmal etwas Luft und Zeit, um durchzuatmen und neue Kraft zu sammeln. Angebote zur Unterstützung im Alltag bieten Pflegebedürftigen die Möglichkeit, insbesondere durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer unter pflegefachlicher Anleitung, in Gruppen oder im häuslichen Umfeld bei Aktivitäten begleitet zu werden.

Die Angebote reichen vom Spaziergang über einen netten Kaffeeplausch bis hin zu einem Konzertbesuch. Auch ist es möglich, sich bei den Anforderungen des Alltags oder bei der Haushaltsführung unterstützen zu lassen. So wird der Pflegebedürftige gut begleitet und der pflegende Angehörige zusätzlich entlastet. Diese Angebote können Sie bei Anbietern, welche für diese alltagsunterstützenden Angebote nach Landesrecht zugelassen sind, wahrnehmen.

Hierfür kann der durch die Pflegekasse ab Pflegegrad 1 zur Verfügung gestellte Entlas-

tungsbetrag in Höhe von monatlich 125 Euro genutzt werden. Pflegebedürftige ab Pflegegrad 2 haben zusätzlich die Möglichkeit, anteilig bis zu 40 Prozent des Pflegesachleistungsbetrages des jeweiligen Pflegegrades für alltagsunterstützende Angebote umzuwandeln. Was ist der Gewinn dabei? Durch die Umwandlung steht einem selbst und der Familie deutlich mehr Geld zur Verfügung, welches genutzt werden kann, um eine individuelle Unterstützung im Alltag zu organisieren oder ein paar Stunden mehr Gesellschaft durch einen ehrenamtlichen Helfer zu erhalten.

Erika Zielke, Pflegeberaterin

DAS LANGE UND SOMMERWARME WEIHNACHTSFEST

September war es und hochsommerlich warm, ein Wetter, geeignet für T-Shirt und Sandalen. Der alltägliche Einkauf in meiner Kaufhalle stand an. (Manche sagen ja Supermarkt, aber das Wort „Kaufhalle“ hat für mich nun mal was Heimeliges, Gewohntes an sich.)

In der Kaufhalle orientierte ich mich anhand meines Einkaufszettels. Der sagte mir, wo es einkaufstechnisch lang geht. Das ging solange gut, bis mir ein nahezu lebensgroßer Papp-Weihnachtsmann grinsend gegenüber stand. Sah so aus, als wollte er mir sagen: He, Du, geh' nicht erst wieder zwei Tage vor dem Heiligabend auf Geschenksuche! Gleich neben dem Pappkameraden lagen auf einem Warenträger zuhauf Pfefferkuchen, Christstollen und Dominosteine. Normalerweise läuft mir dabei das Wasser im Munde zusammen – aber nicht bei 26° C. Fehlte bloß noch, dass in der Getränkeabteilung Glühweinflaschen in Reih' und Glied stehen. Der Schock blieb mir zum Glück erspart. Endlich konnte ich in der Reihenfolge auf meinem Merkzettel meine Einkäufe erledigen.



An meinem Wohnhaus quoll der Briefkasten fast über: Jede Menge Werbung, meine „liebste“ Lektüre. Darunter befand sich die Hochglanzbroschüre einer Versandfirma. Die rechnete mir penibel vor, wieviel Wochen es noch bis zum Fest sind. Oh, nein, nicht schon wieder! Und als ob das nicht schon genug wäre, präsentierte sie mir Geschenkideen. Versehen waren sie mit dem verkaufsfördernden Zusatz: Das sollten Sie zur Freude Ihrer Lieben auf den Gabentisch legen. Den Teufel werde ich! Ich kenne doch meine bucklige Verwand-

schaft und weiß, mit welchem Geschenk ich ihnen wirklich Freude bereiten kann ... Seither sind fast zwei Monate vergangen. Novembernebel dominiert die Tage. Längst vergessen ist der September-Weihnachtsschock. Bis auf zwei Geschenke habe ich fast alle für meine Lieben zusammen. Das Novemberwetter ist dazu angeht, die Seele baumeln und meinen Erinnerungen freien Lauf zu lassen. Ein Dezembertag kommt mir in den Sinn, den ich auf den Kanarischen Inseln verbracht

habe. Einkauf und Gang zum nächsten supermercado – der Supermarkt heißt dort wirklich so – standen an. Davor befand sich eine Kanarische Dattelpalme, behangen mit Weihnachtskugeln und Lametta, sacht vom Wind bewegt. Aus dem Lautsprecher erklang eine alte, wohlbekannte Melodie: White Christmas. Es war ein Tag, an dem die Sahara über 30° heiße Luftmassen auf die Kanaren herüberschaufelte. Weihnachten kann also noch extremer sein ... *Jürgen Sobeck*



GLÜCKSSCHWEIN

Ja, Schwein sollte der Mensch auch 2020 haben, am besten Glücksschwein. Das Vorstandsmitglied der brandenburgischen Volkssolidarität, Andreas Heil, staunte nicht schlecht, als er bei der Fahrt in den heimeligen Feierabend auf einmal diesen neuen Nachbarn gegenüberstand. Geistesgegenwärtig filmte er die Rotte und stellte es ins Internet. Einer Zeitung in Berlin war das den Aufmacher wert. Wie gesagt: Glück muss der Mensch haben. Und das Glück im Jahr 2020 wünschen wir allen Mitgliedern, Mitarbeitern und Freunden der Volkssolidarität.

Die Redaktion

VOLKSSOLIDARITÄT

ZWISCHEN LAUSITZ

UND UCKERMARK

MAGAZIN DES LANDESVERBANDES BRANDENBURG E.V. | 3 · 2019



Wander- und
Familihtag | 4

Sommorgespräche
im Landtag | 9

WIRKUNGSVOLL GEGEN PFLEGENOTSTAND

AB OKTOBER: TARIFLOHN IN DEN VERBANDSBEREICHEN DES LANDESV ERBANDES

Der Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e. V. und seine Verbandsbereiche werden ab 1. Oktober 2019 ihren Beschäftigten Tarifgehälter zahlen. Wie der Vorsitzende des Verbandsrates der Brandenburger Volkssolidarität Bernd Niederland dazu mitteilte, kommt der

zum Abbau des Fachkräftemangels in vielen sozialen Bereichen. Wenn künftig „gutes Geld“ in diesen Tätigkeitsfeldern gezahlt werde, so Niederland, werde die Bereitschaft in der Bevölkerung wachsen – auch bei den Jüngeren – sich diesen verantwortungsvollen

in den Verhandlungen mit den Kranken- und Pflegekassen verbindliche Zusagen über die Höhe der Vergütungen für Pflegeleistungen seitens der Kassen erfolgt. Letzteres sei die Voraussetzung dafür gewesen, dass die Volkssolidarität für ihre Verbandsbereiche bindende Tarifzusagen gegenüber ver.di geben konnte. Dem Landesverband und seinen Verbandsbereichen war so der Beitritt zum Geltungsbereich des Tarifs möglich. Weil das Angebot der AOK im Namen aller Kranken- und Pflegekassen für die Häusliche Krankenpflege und die Pflege und Betreuung und deren Leistungsvergütung durch die VS als finanziell tragfähig bewertet wird, hat der Verbandsrat dem Vorschlag des Landesvorstandes für „eine zügige Einführung des Tarifvertrages“ seine Zustimmung gegeben, so der Verbandsratsvorsitzende Niederland. Bei aller positiven Zukunftssicht aufgrund der Tarifbindung seien sich Verbandsrat und Landesvorstand bewusst, dass die Einführung des Tarifvertrags eine neue Situation für die Verbandsbereiche in Sachen innerverbandlicher Organisationsentwicklung mit sich bringt, betonte Niederland. Zugleich sind die Kostenträger in den Landkreisen und kreisfreien Städten in diesen Entwicklungsschritt mit Blick auf Leistungen nach dem SGB IX und XII zügig einzubinden. Was auch für die Gewährung freiwilliger Leistungen in der offenen Altenhilfe durch die betreffenden Kommunen zutrifft. „Eine Herausforderung der besonderen Art werden die Gespräche mit den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen sein, die jene veränderten Kostenstrukturen für erbrachte Pflege- und Betreuungsleistungen zum Inhalt haben, die auf die Betroffenen infolge der Tarifbindung zukommen. Unsere Leistungskräfte werden aus diesem Grund in den Gesprächen besonderen Wert darauf legen, unseren Pflegebedürftigen die Gründe für die Vergütungsänderungen genau zu erläutern“, schloss der Verbandsratsvorsitzende. Zudem werde es in manchen Fällen möglich sein, verstärkt auf ehrenamtliche Leistungen zurückzugreifen und niedrigschwellige Betreuungs- und Begleitabläufe dadurch kostengünstiger zu gestalten.



Eine verantwortungsvolle und anstrengende Tätigkeit ist ihr Geld wert.

Einführung des Tariflohns in der ambulanten Pflege, bei den Kitas, in den Einrichtungen der Jugendhilfe und an anderen Orten eine strategische Bedeutung zu bei der dringend erforderlichen Verbesserung der Fachkräftesituation. Sie diene in erster Linie der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal in der ambulanten Pflege, in der Betreuung psychisch Kranker, aber auch in anderen Tätigkeitsbereichen, bei denen die Volkssolidarität Arbeitgeber ist.

Gutes Geld verbessert das Berufsbild

Auch die Beschäftigten der nicht Kostensatz-finanzierten Einrichtungen, z. B. der Begegnungszentren in Kommunen, werden in die Tarifbindung einbezogen. Für alle Beschäftigten der Verbandsbereiche werden sich die Löhne und Gehälter – zwar differenziert, aber deutlich – verbessern. Die brandenburgische Volkssolidarität versteht die eingeleitete Entwicklung als einen Beitrag

Beschäftigten wieder stärker zuzuwenden. Das sei in der Pflege angesichts des akut vorhandenen Notstands dringend geboten. Möglich geworden ist dieser seit langem angestrebte Schritt insbesondere nach einer Einigung in den Vergütungsverhandlungen für die ambulante Pflege mit den Vertretern der in der Pflege federführenden Kranken- und Pflegekasse AOK Nordost. Die ambulante Pflege ist ein wichtiges sozialwirtschaftliches Standbein der Verbandsbereiche und vereint die meisten Beschäftigten in ihren Diensten. Deshalb waren für die Volkssolidarität belastbare Finanzierungszusagen aller Kostenträger immer eine wesentliche Voraussetzung für die Einführung eines Tarifs für ihre Beschäftigten.

Verbindliche Zusagen machten es möglich

Wie das Mitglied des Landesvorstandes Andreas Heil dazu mitteilte, seien nunmehr

KIRCHTURM-RENNEN IN SACHEN IMPFEN

VORSTANDSMITGLIED „BELIEFERT“ ALLE BUNDESLÄNDER

Warum nicht das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden? Das Mitglied des Landesvorstands der Volkssolidarität Andreas Heil hat im Juli seinen Urlaub dafür genutzt, die gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium erarbeitete Impfbroschüre deutschlandweit bekannt zu machen.

Nicht ohne meine Tochter

Zusammen mit seiner Tochter Kaya unternahm er eine mehrwöchige Auto- und Campingreise durch alle deutschen Bundesländer. Und in jedem dieser Länder wählte er stellvertretend eine Pflegeeinrichtung, die sozusagen am Wege lag, um die Broschüre „Handreichung zur Stärkung des Impfschutzes in stationären Pflegeeinrichtungen“ dort in den Briefkasten zu werfen. Angefahren wurden so Einrichtungen von Garmisch-Partenkirchen bis Herborn. Bei der Wahl der Heime war eine größtmögliche Trägerbreite angestrebt: Auf diese Weise „versorgt“ wurden Einrichtungen der Diakonie, der Caritas, der AWO, auch privat betriebene Einrichtungen und weitere.

Ganz bewusst verzichtete Andreas Heil darauf, wortreich mündliche Erklärungen dazu abzugeben. Was die jeweiligen Einrichtungen in ihrer Post fanden, war ein geheimnisvoller weißer Umschlag. Ohne Adresse, ohne Absender, was schon einmal die jeweilige Heimleitung darauf hinwies, dass diese Botschaft nicht mit der Post gesendet, sondern persönlich eingeworfen worden sein musste. Bestandteil der Sendung war die Broschüre, ein kurzes Anschreiben, eine Antwort-Postkarte mit bezahltem Rückporto und eine Visitenkarte von Andreas Heil. Ziel ist ihm zufolge, die brandenburgische Initiative bekannt zu machen und einen breiten Erfahrungsaustausch darüber in Gang zu setzen. In einer erhofften Antwort können die jeweiligen Einrichtungen wahlweise ankreuzen: „Super Aktion“, „Die Handreichung kommt nun auch bei uns zum Einsatz“, „Sie haben unser Interesse geweckt“, „Liebe Grüße nach Brandenburg“, „Wir freuen uns über mehr Informationen rund um die Handreichung“, „Bitte keine Werbung einwerfen“. In ein



Andreas Heil und Tochter Kaya

Impf-Tournee:
Ein Anlaufpunkt im Freistaat Sachsen



gesondertes Feld können darüber hinausgehende Bemerkungen eingetragen werden.

Ein Stückweit geheimnisvoll

Weil in zwei Fällen kein Briefkasten auffindbar war, wurde der Umschlag persönlich überreicht, an diensthabende Mitarbeiter, die zunächst verwundert waren, wie Heil verriet. War doch die Aktion mitnichten angekündigt und gewissermaßen überraschend. Entstanden war die Idee in der Arbeitsgemeinschaft Impfen beim Bündnis „Gesünder

älter werden in Brandenburg“. Ihr gehören neben Vertretern der Volkssolidarität auch solche des Potsdamer Gesundheitsministeriums und weiterer Institutionen vom Fach an. Dort wurde auch die Karte entworfen, auf der die Empfänger gebeten werden, ihren Eindruck von der brandenburgischen Initiative zu formulieren und nach Potsdam zu schicken. Die genannte Broschüre betreffend gebe es schon jetzt „eine Reihe externer Anfragen“, informierte Heil. Die zweite, überarbeitete Auflage ist in Vorbereitung.

AUF POTSDAMER TANDEM INS DIGITALE ZEITALTER

MIT DER VOLKSSOLIDARITÄT: DOPPELSTANDORT DES „DIGITAL-KOMPASSES“



Auf dem „Tandem“ ins neue Zeitalter: Digital-Kompass-Initiatoren Andreas Heil (Volkssolidarität) und Jana Kühnel (Treffpunkt Freizeit) bei der Gründungsveranstaltung.



Die VS-Landesgeschäftsstelle ist jetzt offiziell einer von 75 Standorten des sogenannten Digital-Kompass in Deutschland. Diese Position teilt sich die brandenburgische Volkssolidarität mit einer „Zweigstelle“, die im Treffpunkt Freizeit Potsdams aufgebaut wird. Beide bilden eine Art Tandem. Das Konzept des Digital-Kompasses wurde entwickelt, um älteren Menschen die Möglichkeit zu bieten, an der Nutzung der neuen Medien teilzuhaben. Sie sind eingeladen, sich mit jenen Fragen an diese Standorte zu wenden, die während der Nutzung des Computers, des Tablets oder des Smartphones bei ihnen auftauchen. Bei der Gründungsveranstaltung Mitte August im Treffpunkt Freizeit nannte die Koordinatorin des Projektes Katharina Braun das Ziel, Senioren beim Umgang mit der modernen Informationstechnik zu unterstützen. Das Angebot der 75 Standorte des Digital-Kompasses sei ehrenamtlich.

Für Anfänger und Fortgeschrittene

Gefördert wird die Initiative vom Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz. Inzwischen wurden unter dem Dach des „Digital-Kompass“ Handreichungen erarbeitet, u. a. zu den Themen: Was ist das Internet?, Surfen im Internet, Online-Kommunikation, Online-Einkaufen/Online-Banking, Reiseplanung im Internet und Datenspeicherung im Internet. Erhältlich sind auch – der Situation älterer Menschen angepasst – Schritt-für-

Schritt-Anleitungen – u. a. zu den Themen Soziale Netzwerke, Suchmaschinen, Bestellen und Bezahlen, Mein TV-Programm im Internet, WhatsApp und Digitaler Nachlass.

Bestellung dieser Schriften über info@digital-kompass.de, T: (030) 27 57 63 77 oder per Fax: (030) 27 57 65 13 40.

Die Studentin Lisa Schendzielorz (Wirtschaftsinformatik) erklärte sich bereit, in regelmäßigen Abständen im Treffpunkt Freizeit eine Gruppe zu betreuen. Im Rahmen dieses Projektes besteht die Möglichkeit, Experten in digitalen Stammtischen hinzuzuladen. Bei der Gründungsveranstaltung wurde dies am Beispiel des gelernten Online-Journalisten Daniel Lehmann demonstriert, der mit den Anwesenden das Thema Fälschung oder Falschmeldung im Internet besprach und auf geeignete Schutzmechanismen hinwies. Seine Zuhörer/-schauer erfuhren dabei, dass inzwischen menschliche Identitäten komplett erfunden werden können. Möglich ist, dass ganze Interviews mit prominenten Persönlichkeiten täuschend echt am Computer entstehen, d. h. sie müssen in der Realität gar nicht stattgefunden haben. Inzwischen gestattet die Technik, solchen Menschen beliebige Aussagen in den Mund zu legen. Längst sei auch das bewegte Bild vor solchen Täuschungen nicht mehr prinzipiell sicher. Via solcher Anbieter wie Facebook könnten dergleichen Fälschungen (Fakes) „lawinenartig verbreitet“ werden.

Mit dem Computer-Klub fing alles an

Die Interessengruppe Digital-Kompass bei der Landesgeschäftsstelle der Volkssolidarität – sie ging aus dem vor zwei Jahren am selben Ort gegründeten Computer-Klub hervor – findet in der Regel am ersten Freitag im Monat ab 16 Uhr statt. Initiator Andreas Heil, Vorstandsmitglied der brandenburgischen Volkssolidarität, beschreibt das Ziel des Unternehmens: „Wir treffen uns einmal im Monat zwischen 16 Uhr und 18 Uhr, um gemeinsam unserem Hobby zu frönen. Bei Fragen rund ums Internet sind wir füreinander da.“ Das Motto der Volkssolidarität lautet ja „Miteinander – Füreinander“. Eine Altersbegrenzung gibt es nicht; Andreas Heil lädt Menschen ein im Alter zwischen 14 und 99 Jahren. Wichtig und auch Bedingung: Jeder Teilnehmer bringt den eigenen PC mit. Interessierte können sich anmelden unter:

(0331) 70 42 31 12
andreas.heil@volkssolidaritaet.de

Die Zusammenkunft am Standort Treffpunkt Freizeit ist für jeden 3. Freitag im Monat geplant, um Mitgliedern die Möglichkeit zu bieten, beide Zusammenkünfte zu besuchen. Betreut wird die Initiative an diesem Standort von Jana Kühnel, Mitarbeiterin im Treffpunkt.

SOMMERGESPRÄCHE IM LANDTAG

Zu Beginn und am Ende des Monats August folgten der Verbandsratsvorsitzende Dr. Bernd Niederland und die Vorstandsvorsitzende Ines Große den Einladungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Mike Bischoff sowie der Sprecherin für Arbeitsmarkt und Soziales der CDU-Fraktion Roswitha Schier zu einem Treffen in den Landtag.



Foto:LoB_pixelio.de



Bei der SPD: (v.r.) VS-Verbandsratschef Bernd Niederland, Vorstandsvorsitzende Ines Große, der langjährige SPD-Fraktionschef Mike Bischoff

Anlass der beiden Gespräche bot die Veröffentlichung der „Sozialpolitischen Wahlthemen 2019“, die der Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e. V. an die Landtagsfraktionen vor der Sommerpause verschickt hatte.

SPD, DIE LINKE und CDU haben darauf reagiert; DIE LINKE äußerte sich zu den VS-Wahlthemen schriftlich und bewertete die Wahlthemen als besonders konstruktiv. Mike Bischoff, dessen Wahlkreis in der (Ost) Uckermark liegt, stellte sogleich fest, dass die Volkssolidarität ein starker Wohlfahrtsverband in dieser Region sei. Anerkennend sei vor allem, dass die VS in den ländlichen Regionen, insbesondere mit ihrem Mitgliederverband, nach wie vor präsent sei. Aber welche Entwicklungsperspektive verfolgt die SPD in den kommenden Jahren für die ländlichen Räume Brandenburgs? Die Bedingungen in den entlegenen Regionen sind aus Sicht des Landesverbandes der Volkssolidarität sowohl für die Dienstleistungen in der Pflege, aber auch für die Seniorinnen und Senioren (Stichwort Mobilität) nicht zufriedenstellend. Seit geraumer Zeit verstärkt sich der Eindruck, dass sich die Landespolitik eher auf die Entwicklung städtischer Kernbereiche konzentriert. Die VS als Träger wird ihre Dienstleistungsangebote auch nur dort ansiedeln

können, wo ein Mindestmaß an Infrastruktur gegeben ist. Mike Bischoff versicherte, dies habe die Landespolitik im Blick – aber auch die gesundheitliche Versorgung: Alle Krankenhäuser sollen erhalten werden; Medizinstudierende bekommen ein Landärzte-Stipendium etc.

Hoherfreut reagierte der Fraktionsvorsitzende auf die Information, dass der Landesverband ab 1.10.2019 den Flächentarifvertrag für die Sozialwirtschaft im Land Brandenburg für alle Beschäftigten in den Verbandsbereichen anwenden wird.

Auch die CDU-Sprecherin für Arbeitsmarkt und Soziales, Roswitha Schier, befürwortet einen Flächentarifvertrag für die Pflege. Sie sei davon überzeugt, dass die Entlohnung nicht das einzige Kriterium für bessere Bedingungen in der Pflege sein kann. Zu einer besseren gesundheitlichen Versorgung zähle eben die Stärkung der Pflege insgesamt; einer grundsätzlichen Wertschätzung dieser Berufsbranche.

Auf die Frage, was die Volkssolidarität von einer CDU-Landespolitik erwarten würde, beantwortete der Landesvorstand Pflege Andreas Heil, dass er sich eine politische Unterstützung für zukünftige Verhandlungen mit den Kranken- und Pflegekassen wünsche, die das Ziel einer verlässlichen und gleichzeitig realistischen Berechnungsgrundlage der Vergütungen verfolge. Hier gäbe es noch offene Themenfelder, die einer Klärung bedürfen und bundesweit für alle Träger von Bedeutung sind. Dass dies möglich sei, zeigt das erfolgreiche Verhandlungsergebnis des Landesverbandes. *Ines Große*



Bei der CDU (v.l.) VS-Vorstandsmitglied Andreas Heil, Vorstandsvorsitzende Ines Große, die CDU-Abgeordneten Roswitha Schier und Kristy Augustin.

VOLKSSOLIDARITÄT

ZWISCHEN LAUSITZ

UND UCKERMARK

MAGAZIN DES LANDESVERBANDES BRANDENBURG E.V. | 2 · 2019



Wohnen ist Menschenrecht | 3
Die Volkssolidarität im Wahljahr | 8

NIEMAND ZU JUNG FÜR VORSORGEVOLLMACHT

VS-PFLEGESPEZIALIST ANDREAS HEIL BEIM REGIONALSENDER ANTENNE BRANDENBURG

Sie fragen - wir antworten. Die „Woche der pflegenden Angehörigen“ hielt für Hörer des rbb-Senders „Antenne Brandenburg“ einen besonderen Service bereit. Am 16. Mai stellte sich Andreas Heil, stellvertretender Vorstandschef und Pflege-Experte der brandenburgischen Volkssolidarität, den Fragen von Moderatoren und Zuhörern rund um die Themen Pflege und Vorsorgeregelungen.

50 Anrufe beim VS-Experten

Wer weiß schon, dass es die Pflegekasse ist, an die man sich mit einem sich abzeichnenden Anspruch der Pflege zuerst wenden muss. Und dass danach der Kontakt zu Pflegestützpunkten der näheren Umgebung aufgenommen werden sollte. Das aber waren nur zwei Aspekte der fast dreistündigen Ratgebersendung „Hallo Brandenburg“, bei der rund 50 Telefonanrufe beim rbb eingingen.

Informationen gab es aus erster Hand zu der für viele Menschen noch geheimnisvollen Vorsorgevollmacht, die aber eindeutig als wichtigste eingestuft wird. Andreas Heil empfiehlt, darin Vermögensvertreter, Vertreter für Gerichte und Behörden sowie die vorgesehenen Inhaber der Bankvollmacht zu benennen. Achtung: Bei der Bankvollmacht ist es Praxis, dass Geldinstitute nur ihre eigenen Formulare für die Vollmacht akzeptieren. Um es ggf. der Polizei oder den Gerichten leichter zu machen, ist es empfehlenswert, die Vorsorgevollmacht bei der Bundesnotarkammer und dort gegen eine verhältnismäßig geringe Gebühr im Vorsorgeregister zu hinterlegen, Telefon: 0800 - 355 05 00. Denn dort fragen die Behörden zuerst nach, andere Hinterlegungsorte (Notare) müssten erst mühsam gesucht werden auf die Gefahr hin, dass sie gar nicht gefunden werden. Bestandteil der Vorsorgevollmacht ist auch die Aufenthaltsbestimmung, d.h. der konkrete Wunsch, bezogen auf den Wohnort und

Festlegungen für den Fall, dass freiheitsentziehende Maßnahmen notwendig sein sollten.



Pflegeexperte Andreas Heil antwortet auf Hörerfragen.

Vollmacht am besten bei Volljährigkeit

In der Betreuungsverfügung kann jeder Mensch bestimmen, welche Person diese Dinge für ihn regeln soll, wenn er selbst dazu nicht mehr in der Lage ist. Wenn sie fehlt, so Heil, übernehmen Gerichte die Benennung des Betreuungsvormunds sozusagen „von außen“. Um zu regeln, was an medizinischen Maßnahmen erfolgen soll, wenn der Mensch selbst sich dazu nicht mehr selbstbestimmt äußern kann, muss er eine Patientenverfügung aufsetzen. Darin ist festgehalten, was bezüglich weiterer Operationen, Bluttransfusionen oder anderer lebensverlängernder Maßnahmen zu beachten ist. Pflegeexperte Heil empfiehlt dringend, die Vorsorgevollmacht zu erteilen und zwar unabhängig vom Alter des jeweiligen Menschen, sofern er volljährig ist. Denn jeder kann in eine Lage geraten, in der all diese Fragen auftreten können.

Pflegebeantragung: Es gelten Fristen

Tagtäglich tritt die Frage tausendfach auf: Wie beantragt der Mensch einen Pflegegrad, und welche Fristen sind dabei zu beachten? Andreas Heil: Innerhalb von 14 Tagen nach Antragstellung muss die Pflegekasse eine Pflegeberatung gewähren oder einen Termin dafür vermittelt haben. Innerhalb von 20 Tagen muss der Medizinische Dienst der Krankenkassen ein begründetes Gutachten erarbeiten. Nach spätestens 25 Tagen muss ein Bescheid vorliegen, zu welchem Urteil der Dienst gelangt ist, d.h. ob er einen Pflegeanspruch anerkennt, in welchem Grade und warum. Sollte die Antrag stellende Person mit dem Ergebnis nicht einverstanden sein, hat sie vom Datum der Zustellung an vier Wochen Zeit, in Widerspruch zu gehen. Tipps des Experten betrafen bei der Sendung auch Hilfen für pflegende Angehörige.

DIE SEITE RUND UMS IMPFEN

VORSTAND DER VOLKSSOLIDARITÄT: EINFÜHRUNG DER IMPFPFLICHT WIRD UNTERSTÜTZT

Vor dem Hintergrund sich häufender Masern-Fälle in Europa unterstützt der Vorstand der Volkssolidarität Brandenburg die Einführung einer Impfpflicht für Kinder, wie die brandenburgische Landesregierung sie anstrebt. „Die Masern sind hoch ansteckend“, sagte Andreas Heil, stellvertretender Vorstandschef für den Bereich Pflege. Ihm untersteht auch der Bereich Impfen. Die Volkssolidarität betreibe Kindertagesstätten und müsse sich dem Thema stellen. Seit langem trete die Volkssolidarität für einen flächendeckenden Impfschutz ein.

Mit den Masern sei keineswegs zu spaßen, sie könnten als Spätfolge eine Hirnhautent-

zündung bewirken, unterstrich Heil. Er selbst habe seinerzeit als Kinderkrankenpfleger gearbeitet und erlebt, wie nicht geimpfte Kinder leiden mussten. „Ich habe einige in meinen Händen sterben sehen.“

Nur bedingt lässt Heil das Gegenargument gelten, Kinder, die geimpft seien, würden doch den Schutz genießen. Keineswegs gering sei die Wahrscheinlichkeit, dass diese Kinder oder ihre Mütter bei der Berührung mit erkrankten Kindern zwar nicht selbst erkranken, aber die Erreger mit nach Hause nehmen, wo vielleicht ein Säugling lebt, der noch nicht geimpft ist. Dessen Ansteckung mit der gefährlichen Krankheit sei dann faktisch garantiert.

EIN SERVICE DER VOLKSSOLIDARITÄT

Vom 17.6. bis 21.6.2019 findet im Rahmen der Brandenburger Seniorenwoche wieder unsere Aktion zur Impfprävention statt. In dieser Zeit können Sie an zahlreichen Standorten der Volkssolidarität im Land Brandenburg Ihren Impfausweis abgeben. Dieser wird dann von Ärzten des Gesundheitsamtes überprüft und Ihnen anschließend wieder mit Hinweisen zu fehlenden Impfungen überreicht. Das Angebot wendet sich an Menschen über 50 Jahre. Mitglieder und Freunde der Volkssolidarität, aber auch alle anderen Bürger erhalten die Möglichkeit, in VS-Pflegestationen, Geschäftsstellen und Begegnungsstellen ihre Impfausweise einer Überprüfung zu unterziehen. Wer sich entschließt, eventuelle Lücken bei der Impfung (u.a. gegen Grippe, Keuchhusten oder Lungenentzündung) schließen zu lassen, kann mit dieser Empfehlung danach zum Hausarzt gehen.

Bündnis

Gesund
Älter werden
im Land Brandenburg

Handreichung zur Stärkung des Impfschutzes in stationären Pflegeeinrichtungen

Die AG Impfschutz im Bündnis „Gesund Älter werden“ hat eine Handreichung zur Stärkung des Impfschutzes in stationären Pflegeeinrichtungen erarbeitet. Diese basiert auf den Erfahrungen eines Pilotprojekts zur Stärkung des Impfschutzes in dem von der Volkssolidarität getragenen Seniorenhilfeszentrum in Rathenow. Die nun vorliegende Handreichung soll Leiterinnen und Leiter stationärer Pflegeeinrichtungen in Brandenburg dabei unterstützen, Impfungen in ihren Häusern zu schließen. Dafür skizziert die Broschüre notwendige Schritte und schlägt eine Integration des Impfschutzes in den Routineablauf der Pflegeeinrichtung vor. Die datenschutzkonforme Umsetzung der Aktivitäten obliegt dabei der Verantwortung der Pflegeeinrichtungen und der beteiligten Ärztinnen und Ärzte. Wenn Sie in Ihrer vollstationären Pflegeeinrichtung ebenfalls das Impfen etablieren möchten, stehen Ihnen hierfür alle Materialien des Projektes zur Verfügung.

Kontakt:

Volkssolidarität

Landesverband Brandenburg e. V.

Landesgeschäftsstelle, Referat Pflege
Benzstraße 10, 14482 Potsdam

Ansprechpartner:

Heil, Andreas (Landesvorstand Pflege)

Schuch, Birgit (QM-Beauftragte)

Zelmer, Claudia (Vorstandsassistentin)

Telefon: (0331) 70 42 31-12

Telefax: (0331) 70 42 31-20

E-Mail:

pflge-brandenburg@volkssolidaritaet.de

VOLKSSOLIDARITÄT

ZWISCHEN LAUSITZ

UND UCKERMARK

MAGAZIN DES LANDESVERBANDES BRANDENBURG E.V. | 1 · 2019



Volkssolidarität im Superwahljahr | 4
Wählerinitiative „Pro Volkssolidarität“ | 5

PFLEGENOTSTAND: DER STAAT DARF SICH NICHT ZURÜCKZIEHEN

STAATSSSEKRETÄR BÜTTNER BESUCHTE VS-SOZIALSTATION IN FÜRSTENBERG

Es darf nicht sein, dass Menschen notwendige Pflegeleistungen ablehnten, weil sie sich diese schlicht nicht leisten können. Das sagte Sozial-Staatssekretär Andreas Büttner, als er Anfang Februar die Sozialstation Fürstenberg (Oberhavel) der Volkssolidarität besuchte, um sich von den realen Bedingungen „vor Ort“ ein Bild zu machen. Mit Blick auf die anstehende Tarifbindung sozialer Einrichtungen in Brandenburg fügte Büttner hinzu, in der Pflege drohe derzeit ein bedeutendes Defizit bei den Einnahmen und den gestiegenen Ausgaben.

Pflege“. Die Tarifbindung bedeute im Einzelfall, dass eine monatliche Einkommenssteigerung von 300 bis 400 Euro auszugleichen ist, sagte Paul Redel, Geschäftsführer der VS Oberhavel. Dass ein alter Mensch so lange wie möglich in seinen vier Wänden leben kann und gegebenenfalls gepflegt wird, „muss sich un-



Foto: Claudius Pflug



Gesundheits- und Sozial-Staatssekretär Andreas Büttner (m.) und Mitarbeiter der brandenburgischen Volkssolidarität in Fürstenberg.

„Wenn sich der Staat aus wichtigen Feldern zurückzieht, dann ist das der falsche Weg.“

Bislang nur „herumgedoktert“

Mit seinen Gesprächspartnern von der Volkssolidarität war sich der Staatssekretär darin einig, dass an der Klärung bedeutender Finanzierungsfragen kein Weg mehr vorbei führt. Wenn durch die Tarifbindung eine Differenz bei den Personalkosten, d. h. ein bedeutender Mehraufwand, entstehe, dann muss er durch die Pflegekassen erstattet werden. Büttner zeigte sich realistisch: Obwohl schon seit vielen Jahren diese Themen debattiert worden seien, habe sich leider nichts geändert, es sei lediglich an den Symptomen „herumgedoktert“ worden. Angesichts der zunehmenden Alterung der Gesellschaft werde die Pflege gerade im ländlichen Raum immer komplizierter. Sollte nicht wirkungsvoll gegen gesteuert werden, drohe ein „Drama in der

Andreas Heil, zuständig für den Bereich Pflege, sprach von einer Abwärtsspirale, die schon vor Jahren eingesetzt habe. Obwohl die Kosten der ambulanten Pflege (Miet-, Sach-, Pkw-Kosten) steil nach oben gegangen seien, hätten die zugestandenen Leistungsentgelte sich lange Jahre kaum verändert. Hier müsse eine Wende eingeleitet werden, wenn der „Kollaps des Systems“ vermieden werden solle. Er mahnte dringend die auskömmliche Finanzierung der ambulanten Pflege an und warnte davor, per Besoldungspolitik die stationäre Pflege auf Kosten der ambulanten zu stärken. Mitarbeiter würden einfach wechseln, wenn die Einkommen der ambulanten Pfleger deutlich hinter denen der Pflegeheim-Mitarbeiter zurückbleiben würden.

„Kommen Sie auf uns zu“

Staatssekretär Büttner bestätigte: „Das ist meine große Sorge. Am Ende haben wir nicht

sere Gesellschaft leisten können.“ Als Sozialverband sei auch die Volkssolidarität an höheren, attraktiveren Gehältern für ihr Pflegepersonal interessiert. Wenn sich die Dinge nicht rasch änderten, seien es aber die Pflegepatienten, die dann deutlich mehr zuzahlen müssten.

VS-Vorstandsmitglied

mehr Mitarbeiter im System.“ Er wies darauf hin, dass die Entgelthöhen und Kostenerstattungen in erster Linie „eine Sache der Vertragsparteien“ sei. „Kommen Sie auf uns zu, wenn die Verhandlungen hinter Ihnen liegen.“ Sowohl die Tarifbindung als auch der Sozialverband Volkssolidarität liege ihm am Herzen. Die Sozialstation in Fürstenberg wird von Anett La Roche geleitet. Von den 14 Mitarbeitern werden derzeit zwischen 80 und 100 Patienten betreut. Mitunter falle es schwer, bei Wind und Wetter loszuziehen, auch seien die Aufgaben im Einzelfall körperlich anspruchsvoll und Hilfen meist keine vorhanden, sagte Pflegefachkraft Julia Günther. Zu pflegende Klienten würden oft mehr Leistungen benötigen, als ihnen bei der Einstufung zugestanden worden sind. Ihre Kollegen wollten aber ungern der Grund dafür sein, dass Klienten zuzahlen müssen. Immer müsse auch die betriebswirtschaftliche Balance gewahrt bleiben. Es seien auch schon Klienten abgelehnt worden, weil sie zu weit entfernt wohnen würden und sich deren Pflege beim besten Willen nicht in das Arbeitsprogramm der Station eintakten ließ. Für viele sei der Besuch der Pflegefachkraft der einzige menschliche Kontakt, den sie am Tag haben.

Das gute Arbeitsklima, die kollegiale Atmosphäre bei den Fürstenberger Pflegern der Volkssolidarität habe bedeutende Kündigungswellen bislang verhindert, sagte Pflegefachkraft Günther. Aber: „Wir hoffen auf den Tarifvertrag“.

VOLKSSOLIDARITÄT

ZWISCHEN LAUSITZ

UND UCKERMARK

MAGAZIN DES LANDESVERBANDES BRANDENBURG E.V. | 4 · 2018



Wichtiger Stein im sozialen Gewölbe | 4
Interview mit Dr. Bernd Niederland | 8

KEINEN KAMPF DER GENERATIONEN

STELLUNGNAHME DER VOLKSSOLIDARITÄT ZUM RENTENPAKET/ZUR RENTENDEBATTE



Wenn es zum Wohle der Jüngsten ist, dann ist die Volkssolidarität auch dabei. Hier: Kita-Demonstration vor dem Potsdamer Landtag

Angesichts der öffentlichen Diskussion zum Rentenpaket der Bundesregierung, wie es im November beschlossen wurde, bezeichnete der Verbandsratsvorsitzende der brandenburgischen Volkssolidarität, Bernd Niederland, es als gesellschaftspolitisch schädlich, die Interessen der jungen Generation gegen die der älteren auszuspielen. Dies geschähe aber in der aktuellen medialen Auseinandersetzung, „gestützt von schrägen wissenschaftlichen Aussagen“. Wenn nach dem Willen der Bundestagsmehrheit sogenannte Haltelinien bei der Sicherung des Rentenniveaus und der Beitragszahlung eingezogen würden, was ausdrücklich

zu begrüßen sei, so heiße das keineswegs, dass die Rentenhöhe für sehr viele Menschen auch nur ansatzweise auskömmlich sei, unterstrich der Verbandsratsvorsitzende. „Das Rentenpaket der Bundesregierung ist gewiss noch nicht ausreichend, um Altersarmut wirksam zu verhindern; es ist aber ein gutes Signal in Sachen Rentensicherheit.“ Es sei aus Sicht der Volkssolidarität in Brandenburg erfreulich, dass sich die Sozialpolitiker beim Rentenpaket durchsetzen konnten. Die Rentnergeneration habe sich jahrzehntelang nicht geschont, um Deutschland in seine Wohlstandssituation zu bringen. Sie sei es

gewesen, die den Reichtum der Gesellschaft erarbeitet und den Nachfolgenden eine wohl ausgestattete Kindheit und Jugend gesichert habe, fuhr Niederland fort. Die Durchschnittsrente in Ostdeutschland liegt aber unterhalb der von der Bundesregierung festgelegten Armutsgrenze. Wenn jetzt schon die Sicherung dieses nicht ausreichenden Rentenniveaus im medialen Mainstream als Anschlag auf die Interessen der jungen Generation gewertet werde, dann sei das Ausdruck einer sozialen und auch emotionalen Polarisierung in der Gesellschaft. „Die von interessierter politischer Seite und Teilen der Medien verbreitete Panik im Zusammenhang mit den aktuellen rentenpolitischen Entscheidungen dient nur dem neoliberalen Ansatz, die Rentenversicherung noch intensiver als bisher in ihrer Gestaltung zu privatisieren und langfristig eine Abkehr von der solidarischen Absicherung der individuellen Lebensrisiken – hier die soziale, gesetzliche Rentenversicherung – zu organisieren“, unterstrich Niederland.

Vielmehr gelte es, die Rentner/innen am Reichtum der deutschen Gesellschaft zu beteiligen, ohne damit jüngeren Menschen das Gefühl zu geben, dass dies auf ihre Kosten geschieht, schloss der Verbandsratsvorsitzende der märkischen Volkssolidarität. Dies sei deshalb geboten, weil die wirtschaftliche Entwicklung seit mehreren Jahren, einschließlich der Beschäftigungssituation, dies ermögliche und dadurch die Rentenkassen gut gefüllt seien.

ZITAT
MÄRKISCHE
ALLGEMEINE
Potsdam

KOSTEN WERDEN STEIGEN



Während die Zahl der Pflegepatienten um rund 20 Prozent stieg, erhöhte sich die Zahl der Pflegekräfte in dem Zeitraum nur um knapp acht Prozent auf 37.400, wie aus den Daten des Statistikamts hervorgeht. Die Fachkräftelücke hat sich also vergrößert, wie auch Andreas Heil, Pflegeexperte der Brandenburger Volkssolidarität, bestätigte. „Wir haben längst einen Pflegenotstand“, sagte er. Der Verband betreibt selbst mehrere Sozialstationen und hat wie viele andere Träger auch große Probleme, frei werdende Stellen zu ersetzen. „Es gehen viele Mitarbeiter in Rente, aber die Jungen kommen nicht nach.“ Zum Teil müssten deswegen Klienten auch abgewiesen werden. Heil erwartet, dass die Kosten für die Pflege in den kommenden Monaten deutlich ansteigen werden, nämlich dann, wenn weitere Tarifverträge abgeschlossen werden und die Pflegekräfte besser bezahlt werden. Das ist politisch und gesellschaftlich zwar allgemein erwünscht. Für Betroffene und deren Angehörige läuft das aber auf deutlich höhere Beiträge hinaus.

GROSSDEMONSTRATION IN BERLIN: VOLKSSOLIDARITÄT DABEI

HUNDERTTAUSENDE GINGEN GEGEN RASSISMUS UND MENSCHENVERACHTUNG AUF DIE STRASSE

Am 13. Oktober gingen in Berlin viele zehntausend Menschen für eine offene und freie Gesellschaft unter dem Motto „Unteilbar“ auf die Straße. Auch die brandenburgische Volkssolidarität hatte sich im Vorfeld dem Aufruf angeschlossen und war mit Fahnen und Transparenten vertreten. Andreas Heil, Vorstandsmitglied des Landesverbands Brandenburg, begründete seine Teilnahme u. a. mit dem Selbstverständnis der Volkssolidarität als ein Sozialverband, der sich parteipolitisch unabhängig, antifaschistisch, demokratisch und humanistisch verstehe. Die Volkssolidarität sei offen für alle Menschen, gleich welcher Weltanschauung oder Religion. „Da gibt es keine Einschränkung.“ Mit Blick auf das Motto der Demonstration sagte Heil: „Wir lassen uns nicht teilen.“

Die Gesellschaft spaltet sich

Sylvia Grande, Referentin für Mitgliederarbeit und freiwilliges Engagement in der Landesgeschäftsstelle, fügte hinzu, ihr sei es ein Bedürfnis gewesen, bei der Demonstration mit dabei zu sein. Sie täte dies aus der Überzeugung heraus, dass es nötig ist, das Miteinander zu stärken und zu fördern. „Die Gesellschaft spaltet sich immer mehr. Das ist keine gute Entwicklung.“ Sylvia Grande vertritt die Volkssolidarität u. a. im Seniorenrat des Landes Brandenburg. Zwischen „mehreren Zehntausend“, 150.000 bis 242.000, schwankten die Angaben bei der Teilnehmerzahl. Auf jeden Fall war es ein gewaltiger Zug unter strahlend blauem Himmel. Als die Demonstrationsspitze auf ihrem Weg bereits das Brandenburger Tor erreicht hatte, standen die letzten Teilnehmer noch auf dem gut zwei Kilometer entfernten Alexanderplatz. Die Großdemonstration endete an der Siegesssäule, wo eine Abschlusskundgebung stattfand und am Abend ein Konzert gegeben wurde.

Auch gegen Kürzungen im Sozialsystem

Zur Demonstration aufgerufen hatte das Bündnis „Unteilbar“. Begonnen hatte die Veranstaltung mit einer Großkundgebung auf dem Alexanderplatz. Die Rednerinnen und Redner wandten sich gegen menschenfeindliche Hetze, Diskriminierung, gegen das Flüchtlingssterben auf dem Mittelmeer und Kürzungen im Sozialsystem. Schon um elf Uhr versammelten sich bereits Zehntausende Demonstranten auf den Straßen am Alexanderplatz mit Transparenten, Plakaten und Luftballons. Unter anderem war zu lesen „Nein zur Hetze gegen Muslime“ oder „Rassismus ist keine Alternative“. Ein riesiges Transparent trug die Aufschrift „Solidarität mit den Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“. Zu der Veranstaltung hatten



sich unterschiedliche Gruppierungen angemeldet. Unter anderem auch das Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus.

Abschluss mit Herbert Grönemeyer

Etliche Organisationen, Verbände und Parteien waren mit eigenen Wagen und Demonstrations-Blöcken vertreten. Den Protest

unterstützten Prominente wie der Schauspieler Benno Fürmann, der Fernsehmoderator Jan Böhmermann und die Band Die Ärzte. Am Abend trat der Sänger Herbert Grönemeyer auf. Außenminister Heiko Maas (SPD) nannte es ein großartiges Signal, dass so viele auf die Straße gehen. „Wir lassen uns nicht spalten – von rechten Populisten schon gar nicht“, sagte Maas den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

VOLKSSOLIDARITÄT

ZWISCHEN LAUSITZ

UND UCKERMARK

MAGAZIN DES LANDESVERBANDES BRANDENBURG E.V. | 3 · 2018



Ehrung für die unermüdliche
Arbeit im Ehrenamt auf dem
Brandenburg-Tag | 6

Spendensammlung der Volkssolidarität abgeschlossen

In der traditionellen Spendensammlung haben viele fleißige Mitglieder der brandenburgischen Volkssolidarität wieder ein gutes Ergebnis zusammengetragen. Wie die Landesgeschäftsstelle mitteilte, liegt das Gesamtergebnis bei 297.994,16 Euro und damit nur knapp unter dem Ergebnis des Vorjahres (306.6000 Euro). Dieses Ergebnis ist Ausdruck dafür, wie verwurzelt unser Sozialverband in der brandenburgischen Gesellschaft ist.

Zwischen dem 1. März und dem 2. Mai waren ehrenamtliche Sammler, die sich mit einem VS-Ausweis legitimierten, in ihren Wohngebieten von Tür zu Tür unterwegs, um möglichst viele Spenden für die Unterstützung von Bedürftigen zu erhalten. Wie Verbandsratsvorsitzender Bernd Niederland erklärte, bleibt der Verband auch im 73. Jahr seines Bestehens der Gründungsmaxime „Miteinander - Füreinander“ treu. Grundan-

liegen der Volkssolidarität sei, Bedürftigen aller Altersgruppen zu helfen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, wenn sie von Krankheit und Armut betroffen sind.

Die jährliche Sammlung, die seit 1947 durchgeführt wird dient wie stets so auch 2018 dem Erhalt und dem Ausbau der vielen Beratungs- und Hilfeangebote für Menschen aller Altersgruppen. „Wir sorgen dafür, dass Menschen, denen Armut, Ausgrenzung oder Einsamkeit drohen, die unverschuldet in Not geraten oder chronisch krank sind, Rat und Hilfe bekommen“, betonte Niederland. Der Bedarf an tätiger Hilfe wachse stetig, vor allem aufgrund der zunehmenden Ungerechtigkeiten in unserem eigentlich reichen Land.

Auf die zu niedrige Rente für viele Brandenburgerinnen und Brandenburger habe die Volkssolidarität immer wieder hingewiesen und sie werde auch weiterhin dafür kämpfen, dass der gesellschaftliche Reichtum gerechter

verteilt wird. Aktuell gelte es, berechnete Erwartungen der Pflegefachkräfte bezogen auf eine akzeptable Entlohnung nicht zu Lasten von Pflegebedürftigen zu erfüllen, die oft über ein sehr geringes Einkommen verfügen. Niederland verwies auf die Geflüchteten im Land Brandenburg, die aus Kriegs- und Krisengebieten geflohen sind und nach dem Erlebnis von Leid und Tod in Deutschland den Ort haben, der ihnen Sicherheit bieten soll. Ein Teil des Erlöses der diesjährigen Sammlung wird deshalb an Projekte und Einrichtungen gehen, die sich der Betreuung von Kriegsflüchtlingen und Asylsuchenden widmen. Die Volkssolidarität unterhält in Brandenburg 63 Treffs und Begegnungsstätten, in denen jährlich rund 12.000 Veranstaltungen stattfinden. Darunter sind Vorträge zur Gesunderhaltung und zu Rechtsfragen, Foren mit Politikern sowie Ausflüge und gesellige Beisammensein.

FAST 300.000 EURO FÜR DIE VIELEN GUTEN ZWECKE

IMPFTIPPS – SERVICEANGEBOT ANGENOMMEN

EINE SERVICE-AKTION
DER VOLKSSOLIDARITÄT
LANDESVERBAND BRANDENBURG

VORSTANDSMITGLIED ANDREAS HEIL PLANT FORTSETZUNG UND HOFFT AUF MINISTERIUM

Insgesamt 60 Menschen haben sich im Sommer am Serviceangebot der brandenburgischen Volkssolidarität beteiligt und ihren Impfstatus fachmännisch überprüfen lassen. Wie Vorstandsmitglied Andreas Heil nach Auswertung der Aktion mitteilte, machten 35 Klienten davon Gebrauch, ferner zwei Mitarbeiter der Sozialstationen (SST) und 23 Bürger, die von dieser Initiative erfahren hatten. Auf ein vergleichsweise reges Interesse stieß das Angebot in der Sozialstation Luckenwalde, wo 16 Klienten die Gelegenheit nutzten, um ohne lange Wartezeiten beim Arzt den eigenen Impfstatus feststellen zu lassen. In den SST Wittstock nutzten dies 13 Klienten und in Neuruppin zwölf Klienten. Die Volkssolidarität im Land Brandenburg hatte an verschiedenen Orten diese Gelegenheit für Menschen über 50 Jahre eröffnet.

Während einer „Impfwoche“ im Rahmen der diesjährigen Seniorenwoche (10.–17.Juni) erhielten Mitglieder und Freunde der Volkssolida-

rität, aber auch alle anderen Bürger, die Möglichkeit, in Pflegestationen, Geschäftsstellen und Begegnungsstellen der Volkssolidarität ihre Impfausweise abzugeben. Die wurden vom Gesundheitsamt begutachtet und zusammen mit einer Impfpflichtempfehlung wieder zurückgegeben. Wer sich entschloss, eventuelle Lücken bei der Impfung (u.a. gegen Grippe, Keuchhusten oder Lungenentzündung) schließen zu lassen, konnte mit dieser Empfehlung danach zum Hausarzt gehen.

Andreas Heil berief sich auf die Aussage verschiedener Pflegedienstleiter, wonach die Hausärzte teilweise sehr gut die Impfproblematik im Blick haben. Stärkeres Augenmerk müsste auf die Gewinnung von Mitarbeitern der Sozialstationen gelegt werden. Auch gelte es zu untersuchen, wie sonstige Bürger angesprochen werden könnten, die sich diesmal nur vereinzelt an der Aktion beteiligt hätten. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass eine Beteiligung des Gesundheitsministeriums in

Zukunft der Initiative mehr Gewicht geben und zu größerem Erfolg führen könnte. „Wir geben nicht auf.“

Diese Aktion hat schon einmal im vergangenen Jahr stattgefunden. Über den Kreis der vom Verband betreuten Klienten und Pflegebedürftigen hinaus hätten damals viele Menschen ihr Interesse an einer solchen Überprüfung bekundet. Daraufhin habe man sich entschlossen, dieses Angebot zu erweitern und allen Interessenten über 50 Jahre zugänglich zu machen. Inzwischen gebe es beim Influenzaschutz älterer Menschen erhebliche Lücken, fügte Heil hinzu. Seit Jahren wird in Deutschland konsequent das Ziel der WHO verfehlt, bei älteren Menschen eine Durchimpfungsrate gegen die Influenza von 75 Prozent zu erreichen. Im Gegenteil: Nach einer aktuellen Untersuchung der Wissenschaftler vom Versorgungsatlas ist die bundesweite Impfquote von 47 Prozent in der Saison 2009/2010 auf 38 Prozent in der Saison 2013/2014 gesunken.

VOLKSSOLIDARITÄT

ZWISCHEN LAUSITZ

UND UCKERMARK

MAGAZIN DES LANDESVERBANDES BRANDENBURG E.V. | 2 · 2018



MIT ELEMENTEN
DES JUGENDSTILS | 6

KITA-DEMO VOR DEM
POTSDAMER LANDTAGSSCHLOSS | 12

RÜCKFAHRT IN 13 STUNDEN | 14

PROFITGIER IST DAS FALSCHES WORT

WER SOLL DEN ATTRAKTIVEN LOHN DER PFLEGER BEZAHLEN?

Der Tag der Pflege 2018 hat erneut eine politische Debatte über die ungelösten Fragen in der Altenpflege ausgelöst. Die brandenburgische LINKE startet eine Kampagne „Menschen vor Profite: Pflegenotstand stoppen!“. In der von Landesgeschäftsführer Stefan Wollenberger unterzeichneten Erklärung heißt es u. a.: „Die Pflege in Deutschland ist ein Pflegefall. Personalnot, Kostendruck und Profitgier bestimmen den Alltag des Pflegepersonals und führen zu einer permanenten Überlastung.“

Den Vorwurf der „Profitgier“ nennt VS-Vorstandsmitglied, Andreas Heil „nicht richtig“. Vielmehr müssten die Pflegedienste darauf achten, betriebswirtschaftlich handlungsfähig zu bleiben, denn mit einer Insolvenz sei niemandem gedient. Angesichts der Mitarbeiterknappheit könne sich derzeit kein

Unternehmen leisten, „nicht jeden Euro, den es erübrigen kann, in die Mitarbeiter zu stecken“, unterstrich Heil, der zuständig für den Bereich Pflege ist. Das diene schlicht dem Ziel, „überhaupt Mitarbeiter zu haben“. Der Verbandsratsvorsitzende der brandenburgischen Volkssolidarität Bernd Niederland wies darauf hin, dass gemeinnützige Unternehmen keine Gewinne erwirtschaften dürften. Um ihre Mitarbeiter besser zu bezahlen, könnten sie eben nicht einfach in den Steuertopf greifen. Es sei ihnen nur möglich, das Geld zu verteilen, das die Pflegekassen als Leistungsvergütung zugestehen. In diesen Zusammenhang nannte Niederland es „eine Absurdität“, dass immer noch große Unterschiede zwischen der Leistungsvergütung der Pflegetätigkeit in Berlin und im brandenburgischen Umland bestehen würden. Das setze die brandenburgischen Pflegeunter-

nehmen zusätzlich unter Druck. Er appellierte an Sozialministerin Diana Golze (LINKE) und Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), hier korrigierend einzugreifen.

Laut einem Gesundheitsbericht von Health Capital liegt der Krankenstand bei Altenpflegerinnen in Brandenburg bei 9,1 Prozent, bei Gesundheits- und Krankenpflegerinnen bei 7,7 Prozent. Im Falle der männlichen Pflegekräfte ist der Krankenstand mit 6,4 bzw. 6,1 Prozent nicht ganz so hoch, aber ebenfalls über den Landesdurchschnitt von 6 Prozent. Begrüßt wird die Ankündigung der Bundesregierung, für 8000 neue Pflegekräfte zu sorgen. Doch sei nicht klar, wie die überhaupt gewonnen werden sollen. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums sind allein im Land Brandenburg rund 1.500 Ausbildungsplätze in der Pflege unbesetzt.

DIE PROBLEME SIND LÖSBAR

Interview mit Ines Große, Vorstandsvorsitzende des Landesverbandes Brandenburg, zum Stand der Tarifverhandlungen



Frau Große, wer sind bei den Tarifverhandlungen die Verhandlungspartner?

An den Verhandlungen mit ver.di sind folgende Arbeitgeber als PTG-Mitglieder beteiligt: der Landesverband der Volkssolidarität Brandenburg e.V., die GGAB – Gemeinnützige Gesellschaft für Alten- und Behindertenpflege mbH Bernau, die ASB Altenpflegeheim GmbH in Senftenberg-Brieske, die Lebenshilfe Brandenburg-Potsdam e.V., BWS-Behindertenwerk GmbH Spremberg und Job-Spielwerk GmbH Teltow.

Mit welchem Ziel führt unser Landesverband diese Verhandlungen?

Mit dem Ziel, am 1. Januar 2019 einen gültigen Tarifvertrag zu haben. In den letzten Verhandlungsrunden haben wir über die Entgelttabellen und Tätigkeitsmerkmale der einzelnen Bereiche, wie

Pflege, Jugendhilfe, Kita, Eingliederungshilfe und Werkstätten verhandelt.

Wie schätzen Sie die Erfolgsaussichten ein?

„Knackpunkte“ gibt es noch, aber bisher scheinen sie nicht unlösbar zu sein.

Sollten die Verhandlungen erfolgreich verlaufen für welche Angestellten bzw. Mitarbeiter wird sich etwas verändern, und was wird sich für sie verändern?

Grundsätzlich wird sich die Entgeltstruktur für die Eingruppierung aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e.V. verändern.

ES REICHT NOCH LANGE NICHT

VERBANDSRATSVORSITZENDER BERND NIEDERLAND ZUR NEUESTEN RENTENERHÖHUNG

Die vom Bundeskabinett beschlossene Rentenanpassung zum 1. Juli ist natürlich zu begrüßen. Mit einer Zunahme von 3,22 Prozent im Westen und 3,37 Prozent im Osten steigt das Rentenniveau auch in Brandenburg von 95,7 auf 95,8 Prozent des Westniveaus. Der positive Hintergrund dieser Entwicklung sind die Lohnsteigerungen auch in den ostdeutschen Bundesländern. Bedauerlich ist aber zugleich, dass nach aktueller Gesetzeslage eine endgültige Anpassung der Ostrenten an das Westniveau der Renten erst 2024 bzw. 2025 erreicht werden soll. Das ist leider viel zu spät. Viele Rentner auch im Land Brandenburg werden diese Anpassung aufgrund ihres Lebensalters nicht mehr erleben. Leider wirkt damit die so-

zialpolitische Gerechtigkeitslücke weiter und verzögert die Vollendung der sozialen Einheit. Die brandenburgische Volkssolidarität hat auf diesen unbefriedigenden Zustand im Rentenrecht der Bundesrepublik seit Jahrzehnten aufmerksam gemacht. In Verantwortung des Bundesverbandes der Volkssolidarität hat unser Sozial- und Wohlfahrtsverband eigene rentenpolitische Vorstellungen entwickelt und diese Konzepten der Regierungspolitik entgegengesetzt. Unsere Überzeugung ist: Die finanziellen Möglichkeiten einer schnellen Rentenangleichung waren bzw. sind durchaus gegeben. Es mangelt am politischen Willen. Neben der Freude der 20 Millionen deutschen Rentner über die Rentenanpassung 2018

muss festgehalten werden, dass die Rente für viele Menschen, die fleißig gearbeitet haben, zu niedrig ist. Das bleibt auch nach der jetzt ins Haus stehenden Erhöhung so, zumal die Preise für viele lebensnotwendige Waren und Dienstleistungen deutlich gestiegen sind. Hinzu kommt, dass bei immer mehr Rentenbeziehern nur ein Teil der Erhöhung tatsächlich ankommt, was auch für Brandenburger Rentner gilt. Durch die erhöhten Renten überschreiten viele von ihnen die steuerlichen Freibeträge und werden damit steuerpflichtig, d. h., sie müssen dann eine Einkommensteuererklärung abgeben. Nutznießer der Rentenanpassung sind demzufolge nicht nur die Empfänger, sondern auch der Staat.

IMPFTIPPS OHNE WARTEZEITEN

Ohne lange Wartezeiten beim Arzt den Impfstatus feststellen lassen? Die Volkssolidarität im Land Brandenburg macht das für Menschen über 50 Jahre an verschiedenen Stellen im Land möglich. Während einer „Impfwoche“ im Rahmen der diesjährigen Seniorenwoche – 10. bis 17. Juni – hatten Mitglieder und Freunde der Volkssolidarität, aber auch alle anderen Bürger, diese Möglichkeit. In Pflegestationen, Geschäftsstellen, Begegnungststätten und Treffs der Volkssolidarität konnten sie ihre Impfausweise abgeben, die wurden vom Gesundheitsamt begutachtet und zusammen mit einer Impfpfempfehlung wieder zurückgegeben. Wer sich dazu entschlossen hatte, eventuelle Lücken bei der Impfung (u.a. gegen Grippe, Keuchhusten oder Lungenentzündung) schließen zu lassen, konnte mit dieser Empfehlung danach zum Hausarzt gehen. Kleiner Haken dabei: Nicht alle Gesundheitsämter waren im laufenden Jahr bereit, sich der Initiative anzuschließen. Wie das Mitglied des Vorstandes der brandenburgischen Volkssolidarität Andreas Heil (Foto) dazu erklärt, hat diese Aktion schon einmal im vergangenen Jahr stattgefunden. Über den Kreis der vom Sozialverband betreuten Klienten und Pflegebedürftigen hinaus, hätten damals viele Menschen ihr Interesse an einer solchen Überprüfung bekundet. Daraufhin habe sich der Verband entschlossen, dieses Angebot zu

EINE SERVICE-AKTION DER VOLKSSOLIDARITÄT BRANDENBURG

erweitern und allen Interessenten über 50 Jahre zugänglich zu machen. Andreas Heil versprach die Wiederholung der Aktion im kommenden Jahr. Die Volkssolidarität werde sich bemühen, möglichst viele Gesundheitsämter für diese Initiative zu gewinnen. „Geben Sie Ihren Ausweis einfach ab. Wir kümmern uns darum.“ Inzwischen gebe es beim Influenzaschutz älterer Menschen erhebliche Lücken, fügte Heil hinzu. Seit Jahren wird in Deutschland konsequent das Ziel der WHO verfehlt, bei älteren Menschen eine Durchimpfungsrate gegen die Influenza von 75 Prozent zu erreichen. Im Gegenteil: Nach einer aktuellen Untersuchung der Wissenschaftler vom Versorgungsatlas ist die bundesweite Impfquote auf 38 Prozent in der Saison 2013/2014 gesunken. Wie bei nahezu allen Impfungen variiert das Impfverhalten auch bei der Immunisierung gegen Influenza von Region zu Region. Seit einem Vierteljahrhundert hält sich ein deutliches Ost-West-Gefälle. In den neuen Bundesländern ließen sich in der Saison 2009/2010 rund 61 Prozent der über 60-Jährigen impfen, was bis 2013/14 auf 54 Prozent gesunken war. In den alten Bundesländern waren dazu 2009/10



lediglich 43 Prozent der Senioren dazu bereit. Vier Jahre später lediglich noch 33 Prozent. Ab einem Alter von 60 und mehr Jahren wird die Gripeschutzimpfung beispielsweise von der zuständigen Kommission empfohlen. Den Impfvorschlägen der Gesundheitsämter zugrunde liegen die nationalen Impfpfempfehlungen, welche durch die ständige Impfkommision alljährlich überarbeitet werden. Fachleute weisen auf den besonders schweren Verlauf der Grippe-Saison im vergangenen Jahr hin. Mindestens 300.000 Deutsche wurden in diesem Winter von der Grippewelle erfasst. Es starben rund 1000 Patienten durch Influenza-Viren, die große Mehrheit (87 Prozent) war über 60 Jahre alt. Oft gab es Vorerkrankungen. Auch die Todesfallzahlen können in Wirklichkeit aber deutlich höher liegen, da sich Grippeerreger nicht bei allen Gestorbenen feststellen lassen. Am stärksten betroffen war der Osten Deutschlands. Die angegebenen ca. 300.000 Krankheitsfälle machen den Fachleuten zufolge das Ausmaß nicht deutlich, denn nicht jeder Grippekranke geht zum Arzt und nur ausgewählte Praxen schicken Erregerproben ins Labor.

VOLKSSOLIDARITÄT

ZWISCHEN LAUSITZ

UND UCKERMARK

MAGAZIN DES LANDESVERBANDES BRANDENBURG E.V. | 1 · 2018



Spendensammlung
1. März bis 2. Mai 2018

Pflegekosten: Neuverteilung der Karten? | 5
Warnstreik in der Uckermark | 6
In der Kälte besonders warm | 13

WARNSTREIK IN DER UCKERMARK

ZIEL IST TARIFVERTRAG FÜR ALLE BESCHÄFTIGTEN

Zwei Jahre nach einem Streik von Beschäftigten der Volkssolidarität in der Uckermark hat die Gewerkschaft ver.di in diesem Verbandsbereich erneut zu einem mehrstündigen Warnstreik aufgerufen. Er fand im Februar statt. Dazu erklärte die Vorstandsvorsitzende der Volkssolidarität Brandenburg Ines Große: „Seit zirka einem Jahr laufen die Tarifverhandlungen zwischen der Gewerkschaft ver.di und der Paritätischen Tarifgemeinschaft (PTG), in der der Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e. V. Mitglied ist. Derzeit liegt der Gewerkschaft ein Verhandlungsangebot zu den Entgelten im Bereich Pflege vor. Dieses Angebot ist zwischen den Verhandlungsparteien noch nicht abgestimmt.“ Wie die Geschäftsführerin im Verbandsbereich Bärbel Glogau hinzufügte, werde die Volkssolidarität dazu benutzt, um ein „Feindbild“ aufzubauen: „Gute Gewerkschaft kontra böser Arbeitgeber“. So sei es aber nicht, unterstrich sie: „Wir geben die Erhöhungen der Kostenträger direkt an die Mitarbeiter weiter. Für die Einmalzahlung zum Jahresende an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat



Die Geschäftsführerin des VB Uckermark Bärbel Glogau (l.) im Gespräch mit streikenden Mitarbeitern

der Verbandsbereich mehr als 100.000 Euro eingesetzt. Für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse ist das ein großer Kraftaufwand.“ Laut Vorstandsvorsitzender Große hält der brandenburgische Landesverband der Volkssolidarität am Ziel fest, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern höhere Gehälter zu zahlen, nicht nur den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Pflege. „Geforderte Entgelterhöhungen werden bereits umgesetzt. Die vorerst letzte Erhöhung erfolgte im November 2017; die nächste Erhöhung findet demnächst statt. Mit den Kranken- und Pflegekassen wurde vereinbart, ab März 2018 den VS-Beschäftigten in der ambulanten Pflege im Schnitt ein um vier Prozent höheres Gehalt zu zahlen.“

Wenn die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit wäre, „würde dies einer zügigen, erfolgreichen Tarifverhandlung dienen“, unterstrich Große. „Forderungen wie die nach einer rückwirkenden Gehaltserhöhung sind angesichts der gültigen Finanzierungsregelungen nicht realisierbar und helfen daher nicht weiter. Nur wenn gleichzeitig die Entgelte der Kassen erhöht werden, können daraus tarifliche Erhöhungen finanziert werden.“ Die Gewerkschaft ver.di, Landesbezirk Berlin-Brandenburg, hatte am 19. Februar rund 70 Pflege-Beschäftigte der ambulanten Pflege und Wohnbereiche im Volkssolidaritäts-Verbandsbereich Uckermark für den 20. Februar 2018 zu einem Warnstreik aufgerufen. Nach ver.di-Pressemitteilung fordern die Mitglieder der Gewerkschaft, die in Betrieben der Paritätischen Tarifgemeinschaft e.V. im Land Brandenburg beschäftigt sind, den Abschluss eines Tarifvertrages, wie er für das Land Sachsen-Anhalt schon abgeschlossen wurde.

ZIEL BLEIBT DER TARIFVERTRAG FÜR ALLE BEREICHE

STEIGERUNG: PFLEGEKASSEN DÜRFEN VERWENDUNG KONTROLLIEREN

Die Volkssolidarität im Land Brandenburg hat gemeinsam mit den Kranken- und Pflegekassen für die ambulante Pflege eine Steigerung der Finanzierung von fünf Prozent vereinbart. Wie Vorstandsmitglied Andreas Heil dazu mitteilte, werden die Pflegekassen diese Mehrkosten überweisen, die im Durchschnitt bei den Beschäftigten der ambulanten Pflegedienste ab März 2018 eine Einkommensverbesserung von vier Prozent bedeuten würden. Zugestanden worden sei das verbleibende eine Prozent für die Steigerung der Sachkosten-Aufwendungen. Heil merkte dazu an, dass letzteres aber unrealistisch sei und nicht den realen Preiserhöhungen bei den

Sachkosten entspreche. Er wies darauf hin, dass die Pflegekassen ab Juni zur Kontrolle berechtigt seien, ob diese zusätzlichen Summen an die Pflegefachkräfte weitergegeben worden sind. Falls dies nicht erfolgt sei, würden sie das Recht besitzen, dieses Geld vom jeweiligen Pflegedienst zurückzufordern. Perspektivisch strebe die Volkssolidarität einen Tarifvertrag für alle Bereiche an, d. h. für Pflege, Kitas, Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Werkstätten und allgemeine Dienste, fuhr Heil fort. Angesichts der z. T. erheblichen Einkommenssteigerungen bei anderen Pflegedienst-Anbietern wie der AWO und dem DRK, die zu deutlichen



Andreas Heil, Vorstandsmitglied des LV Brandenburg, Bereich Pflege

Mehrforderungen gegenüber den Pflegebedürftigen geführt hätten, komme ähnliches mittelfristig auch auf die Volkssolidarität zu. Heil empfahl, die Klienten darauf vorzubereiten, dass nach der gegenwärtigen Rechtslage sie es sind, welche die zusätzlichen Kosten zu tragen haben. Mit hoher Wahrscheinlichkeit falle der nächste Sprung höher aus als der gegenwärtige.

DAS REZEPT IST EINFACH UND WIRKSAM

BÜNDNIS GESUND ÄLTER WERDEN: MINISTERIN GOLZE EHRT DIE VOLKSSOLIDARITÄT

Gesundheitsministerin Diana Golze (Linke) hat Ende Januar in Potsdam zehn herausragende Initiativen für Seniorinnen und Senioren ausgezeichnet. Im Mittelpunkt dabei standen vorbildliche Essensangebote für ältere Menschen, die durch gemeinsame Mahlzeiten mehr Lebensqualität erfahren. „Das Rezept ist einfach, aber wirksam“, sagte Ministerin Golze. Gemeinsam zu essen, bringe Menschen zusammen und fördere das Zugehörigkeitsgefühl. „Neue Kontakte und Aktivitäten können so entstehen. Das ist gut für die Gesundheit und den Erhalt der Selbstständigkeit im Alter. In Gemeinschaft alt zu werden, ist wichtiger für die Gesundheit als ein Apfel mehr oder weniger.“ Ministerin Golze verlieh die Auszeichnung auf dem dritten Plenum des Bündnisses. Die Veranstaltung mit rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern trug den Titel „Gemeinschaft vor Ort stärken – Lebensqualität erhöhen.“ 51 Initiativen haben am Wettbewerb teilgenommen.

Ausgezeichnet wurde u.a. der Seniorenmittagstisch der Volkssolidarität Wachow. Er findet jeden ersten Mittwoch im Monat statt und wird ermöglicht durch einen ehrenamtlichen Besuchsdienst. Am Mittagstisch nehmen jeweils 50 bis 60 Senioren teil. Das An-



Auszeichnung der Esseninitiative des VS-Verbandsbereichs Prignitz-Ruppin. Ministerin Diana Golze, Frau Boost (Quartiersmanagerin), Herr Pospiech (Gesundheit Berlin/Brandenburg), Frau Kurzawa (Geschäftsführerin VB) und zwei Anwohnerinnen der Rübeler Vorstadt, v.l.

Foto: Andreas Heil

gebot ist mit Bewegungsübungen verbunden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben ein Mitspracherecht bei der Essensauswahl. Ebenfalls geehrt wurde die von der Volkssolidarität in Potsdam betriebene Suppenküche, die täglich eine kostengünstige Mahlzeit für sozial benachteiligte Menschen anbietet. Größtenteils nehmen ältere Bedürftige teil. Und schließlich konnte auch die Initiative des VS-Verbandsbereichs Prignitz-Ruppin eine Auszeichnung aus den Händen der Ministerin

Golze entgegennehmen. Unter dem Motto „Gemeinsam statt einsam – Nachbarn kochen für Nachbarn“ organisiert die Volkssolidarität in Wittstock die gemeinsame Zubereitung der Mahlzeiten. Das Angebot ist Bestandteil des Programms „Soziale Stadt“ und wird von der örtlichen Wohnungsgesellschaft unterstützt. Parallel dazu bietet der Kreissportbund Mobilisierungs- und Kraftübungen an. Auch hier ist die Mitbestimmung der Gäste bei der Auswahl der Mahlzeiten gegeben.

KÜCHENKAPAZITÄT NOCH LANGE NICHT ERREICHT



„Unser Bereich Essen auf Rädern und Cafeterien der Volkssolidarität Barnim konnte 2017 eine positive Entwicklung verzeichnen“,

KREISVERBAND BARNIM: ZUFRIEDENE ESSER SIND DIE BESTE REFERENZ

freut sich Küchenchef Thomas Köpke. Im Umfeld der VS-eigenen Küche in Britz sind 14 Mitarbeiter beschäftigt, darunter drei Köche, eine Küchenhilfe, zwei Kochlehrlinge und acht Essensfahrer. Derzeit liefern die Fahrer täglich mehr als 600 Portionen in fünf Touren aus. Unter anderem an die drei VS-Kitas in Eberswalde, Bernau und Seefeld, ferner an das Pflegeheim in Biesenthal, an die Cafeteria im Arbeitsamt Eberswalde und an 185 Einzelkunden im häuslichen Umfeld. Im Dezember

2017 wurde ein neuer Großkunde hinzugewonnen: Jetzt gehen täglich weitere 92 Portionen an das Pflegeheim ProCurand in Lichterfelde bei Eberswalde. Durch den Zuwachs konnte sogar eine neue Tour eröffnet werden. Damit ist die Kapazität der Küche noch lange nicht erreicht. Bis zu 1000 Portionen könnten täglich die Küche verlassen, wenn sich die Nachfrage weiterhin so gut entwickelt. Sie kosten je nach Menü zwischen 3,75 und 4,35 Euro.

Zwischen Lausitz und Uckermark



Ihre Zeitung im Land Brandenburg

Ausgabe Dezember 2017



Das Jahr hat nun bald ein Ende, nicht aber das Verbandsleben in unserer Volkssolidarität. Wir werfen in unserer neuen Ausgabe von "Zwischen Lausitz und Uckermark" einen Blick zurück auf schöne und wichtige Erlebnisse, wir dokumentieren die Debatten auf unserer Landesdelegiertenversammlung und blicken gleichzeitig voraus.

Foto: Krauß

Aus dem Inhalt

Land - Regionen - Bund

	Seite		Seite
<i>Mitgliederwerbung ist das A und O</i>		<i>Sternekoch in der Suppenküche</i>	
Von der 20. Landesdelegiertenversammlung	4	VS Potsdam: 20 Jahre soziales Zentrum	16
<i>Fest auf der Insel</i>		<i>Menschlich und wirtschaftlich</i>	
Auszeichnungen zum 72. VS-Geburtstag	10	VB Lausitz: Lieselotte Meyer	24
<i>Pflege ist ein Menschenrecht</i>		<i>Auf Rädern zum Essen</i>	
rbb-Interview mit Vorstandsmitglied A. Heil	11	Uckermark: Aktion gegen Einsamkeit	26
<i>Einmal Korfu und zurück</i>		<i>Hier ich - wer da?</i>	
Reisepartner Becker-Strelitz mit Programm '18	14	Kommunikationsfachtagung der VS	29

GUTE PFLEGE IST EIN MENSCHENRECHT

Anfang November hatte der Regionalsender rbb das Mitglied des Landesvorstands der Volkssolidarität Andreas Heil zum Thema Pflege und Pflegenotstand interviewt. Wir dokumentieren:

Andres Heil ist im Vorstand der Volkssolidarität Brandenburg und hier für den Bereich Pflege zuständig. Er plädiert für einen Paradigmenwechsel: Abgerechnet wird nicht mehr nach Leistungen, sondern nach Zeit - je nachdem, wie viele Stunden Betreuung die Patienten wünschen oder für notwendig erachten.

Frage: Herr Heil, das System der Finanzierung von ambulanten Pflegediensten ist wahnsinnig kompliziert und für den Laien kaum zu durchschauen - warum ist das so?

Das liegt zuerst einmal an den verschiedenen Versicherungen, die die Kosten tragen. Angenommen, Sie haben eine größere Wunde, die versorgt werden muss, so kann ihnen ihr Arzt eine Verordnung für einen Verbandwechsel ausstellen, der dann durch unseren Pflegedienst durchgeführt wird. Bezahlt wird das von der Krankenkasse.

Wenn Sie sich nicht mehr selbst waschen können, so übernimmt auch das der Pflegedienst. Bezahlt wird diese Leistung aber von der Pflegekasse. Pflegeleistungen werden von der Pflegekasse jedoch nur bis zu einem Höchstbetrag übernommen. Den Rest zahlen sie selbst hinzu.

Wenn Sie diese Zuzahlung selbst nicht mehr aufbringen können, werden die Kosten in der Regel vom Sozialamt übernommen.

Die Bezahlung der Leistung erfolgt in den meisten Fällen durch Kostenpauschalen. Das heißt, sie zahlen einen fest vereinbarten Preis und erhalten dafür eine Leistung.

Frage: Woran liegt es Ihrer Ansicht nach, dass Pflegedienste immer weniger in der Lage sind, Patienten im ausreichendem Maße zu versorgen bzw. keine neuen Patienten mehr annehmen können?

Das hat mehrere Gründe: Der wichtigste Grund ist die unzureichende Anpassung der Löhne über einen längeren Zeitraum hinweg. Ursache hierfür ist, dass die Sachkosten überproportional angestiegen sind, diese Steigerung von den Kranken-

und Pflegekassen jedoch nicht voll refinanziert wurden. Trotzdem mussten die Kosten natürlich gedeckt werden. In der Folge blieb dann weniger Geld übrig, das als Lohnsteigerung an die Mitarbeiter weitergegeben werden konnte.

Ein weiterer Grund ist die Zunahme an pflegebedürftigen Menschen. Einerseits gibt es immer mehr ältere Menschen und damit auch mehr pflegebedürftige Menschen. Andererseits wurde durch die letzte Pflegereform der Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherungen erleichtert, so dass nun etwa 500.000 Menschen mehr Anspruch auf Leistungen haben. Dafür fehlt einfach der Nachwuchs an Mitarbeitern. Ein ganz wichtiger Faktor ist, dass die Pflege für den Mitarbeiter ein körperlich schwerer und seelisch anstrengender Beruf ist. Zusätzlich ist es zu einer
(Fortsetzung auf S. 12)



Vorstandsmitglied Andreas Heil

Fortsetzung von S. 11

massiven Arbeitsverdichtung gekommen. Vor ein paar Jahren hatte jede Pflegekraft noch ein paar Minuten Zeit, um mit dem Klienten ein paar aufmunternde Worte zu wechseln. Heute ist das praktisch nicht mehr möglich. Deshalb sind wir heute so weit, das immer mehr Arbeitnehmer aus der Pflege ihren Beruf wechseln und somit der Pflege nicht mehr zur Verfügung stehen.

Frage: Was müsste Ihrer Ansicht nach passieren, damit die Situation für die Pflegedienste und in allererster Linie für die Pflegebedürftigen und die Pflegekräfte besser wird, braucht das System vor allem eine andere Struktur, eine andere Leistungsbemessungsgrundlage?

Unser wichtigstes Ziel liegt derzeit darin, die Pflege überhaupt sicherstellen zu können. Dafür fehlt es derzeit an Mitarbeitern und diese Situation verschärft sich derzeit täglich. An vielen Orten im Land Brandenburg finden die Pflegebedürftigen deshalb keinen Pflegedienst mehr, der sie versorgt.

Um dieses Ziel erreichen zu können, muss Pflege endlich anständig bezahlt werden. Dazu muss die

Pflege endlich ein Lohnniveau erreichen, von dem man wieder leben kann. Gleichzeitig müssen aber auch alle anderen Kosten, die in einem Pflegedienst anfallen, von diesem auch bezahlt werden können.

Meiner Meinung nach sind wir heute in dieser prekären Situation, weil das System der pauschalen Leistungsvergütung ausgenutzt wurde um Kosten zu sparen. Deshalb muss unbedingt mehr Transparenz ins System. Schaffen können wir das, in dem wir die Pflege zeitbasiert finanzieren. Dann kann ich eine Zeit mit dem Pflegebedürftigen vereinbaren und muss meinem Mitarbeiter keinen Zeitdruck machen, damit er kostendeckend arbeitet.

Natürlich funktioniert auch dieses System nur, wenn die Stundenkalkulation auskömmlich ist.

Übrigens, dieses System gab es in den Anfangsjahren der Pflegeversicherung schon einmal.

Frage: Was müsste auf politischer Ebene geschehen, damit sich die Situation verändert? Anders formuliert - was bedarf es an politischen Neuregelungen, um Finanzierung und Leistungen der Pflegedienste transparenter und für die Patienten gerechter und verlässlicher zu gestalten? Und welche Rolle spielt der Einfluss auf die Kassen dabei?

Der Gesetzgeber hat in den letzten 10 Jahren zahlreiche Gesetzesnovellen in der Pflege auf den Weg gebracht. Leider wurde dabei immer nur der Pflegebedürftige gestärkt. Eine Verbesserung der Finanzierung der Pflegeeinrichtungen blieb hingegen außen vor.

Die Verhandlungen zwischen Kassen und Pflegediensten waren in der Vergangenheit von einer Kostenoptimierung geprägt.

Die Folge aus dieser Herangehensweise ist, dass wir heute schon einen Pflegenotstand haben. Wie Sie an diesem Beispiel sehen können, funktioniert Marktwirtschaft im Rahmen einer Sozialgesetzgebung nur bedingt.

Deshalb wünsche ich mir, dass der Gesetzgeber sich auf seine Pflicht zurückbesinnt, auch die Versorgungsstrukturen zu stärken und notfalls regulierend einzugreifen.

Teilstationäre Pflege

In der teilstationären Pflege (Tagespflege) versorgt die Volkssolidarität pflegebedürftige Menschen, die in ihrer Häuslichkeit leben, tagsüber jedoch nicht allein sein möchten... In unseren Tagespflegeeinrichtungen können sich die Senioren treffen und dort den Tag miteinander verbringen.

(Aus dem Geschäftsbericht 2015/16)



Zwischen Lausitz und Uckermark



Die Volkssolidarität im Land Brandenburg

Ausgabe September 2017



Nun ist sie wieder vorbei, die grüne Ferienzeit mit mehr oder weniger Sonnenschein. Der Herbst steht auf der Leiter und malt die Blätter an. Grün aber bleiben: der Tannenbaum und die Volkssolidarität. Grün steht für Lebendigkeit zu jeder Jahreszeit. Es wartet viel Arbeit auf unseren Sozialverband aber auch Lebensfreude, Gemeinsamkeit und Hilfsbereitschaft. *Foto: Krauß*

Aus dem Inhalt Land - Regionen - Bund

	Seite		Seite
<i>Am 18. November ist es soweit</i> Landesdelegiertenversammlung einberufen	4	<i>Seid wählerisch!</i> OHV: Brief vor der Bundestagswahl	17
<i>Kleiner Piecks - große Wirkung</i> Aufruf zur diesjährigen Schutzimpfung	6	<i>Warum bin ich in der Volkssolidarität?</i> Bekenntnisse nach vielen Jahren	20
<i>Verteilerlücken nicht ausgeschlossen</i> Umgang mit der Onlinezeitung	8	<i>Pflege bedeutet auch Kosten</i> Eine fachgemäße Aufschlüsselung	26
<i>Ein Ort zum Wohlfühlen</i> Seniorenwohngemeinschaft in Schwedt	13	<i>Erwartungen an das Leben</i> Brandenburger(innen) werden älter	28



Kleiner Piecks - große Wirkung

Impfschutz für möglichst viele Seniorinnen und Senioren - Aufruf der Volkssolidarität

Die Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e.V. ruft ihre Mitglieder, Mitarbeiter und Anhänger dazu auf, von der Möglichkeit der Gripeschutzimpfung Gebrauch zu machen. Ziel ist es, daran zu erinnern, dass die alljährliche Gripeschutzimpfung vom 60. Lebensjahr an zum Katalog der Grundimpfungen gehört, sagte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Andreas Heil.

Erhebliche Lücken

Alle VS-Einrichtungen sind aufgefordert, sich den Appell zu eigen zu machen. Inzwischen gebe es beim Influenzaschutz älterer Menschen erhebliche Lücken, fügte Heil hinzu. Seit Jahren wird in Deutschland das Ziel der WHO verfehlt, bei älteren Menschen eine Durchimpfungsrate gegen die Influenza von 75 Prozent zu erreichen. Im Gegenteil: Sie sinkt weiter.

Gesprächskreis "Sozialpolitik" beim Verbandsrat

In die Öffentlichkeit !

Kommunalpolitische Präsenz ist für die Arbeit der Volkssolidarität sehr wichtig. Dies war ein Ergebnis der ersten Tagung des Gesprächskreises "Sozialpolitik" beim Verbandsrat im Juli.

In Spremberg zum Beispiel agiert seit geraumer Zeit eine Abgeordnetengruppe der Volkssolidarität im Stadtparlament. Auch anderswo sollten die Kommunalwahlen 2019 dafür in den Blick genommen werden. Herausgestellt wurde von den Diskussionsteilnehmern/innen, dass wir als VS durchaus in der Kommunalpolitik wahrgenommen werden, sowohl als sozialer Dienstleister in Gestalt seiner Dienste und Einrichtungen mit dem Hauptamt als auch als Instanz von Interessenvertretung über den Mitgliederverband und das von ihm ausgehende Ehrenamt. Ein kritisch-

konstruktives Eintreten für unsere Interessen stärkt das Ansehen der VS in den betreffenden Kommunen und führt zuweilen zur Unterstützung unserer Angebote, beim Betreiben von Sozialzentren (u.a. Eisenhüttenstadt, Zehdenick, Spremberg, Angermünde, Frankfurt/O.)

Nach dem Motto: „Was passiert in meinem Ort?“ sollte Interessenvertretung regional ausgerichtet sein und nach Möglichkeit direkte, positive Wirkungen auf das Alltagsleben der Mitglieder erzeugen, was mancher Mitgliedergruppe bereits gelungen ist. Die Verbandsbereiche/ Kreis- und Regionalverbände signalisierten durchaus Interesse, hätten aber zuweilen nicht immer die Kraft, hier dauerhaft zu wirken.

Anne Papendorf



Der Verbandsrat der brandenburgischen Volkssolidarität

Ein Angebot der VS-Landesgeschäftsstelle

Computerklub von 9 bis 99

Die Landesgeschäftsstelle der Volkssolidarität wartet mit einem neuen Angebot auf. Unter dem Namen "Volkssolidarität-Computerklub" lädt sie ab September zu jedem ersten Freitag im Monat Interessierte in ihre Räume ein.

Initiator Andreas Heil, Vorstandsmitglied der brandenburgischen Volkssolidarität, beschreibt das Ziel des Unternehmens: "Wir treffen uns einmal im Monat zwischen 16 Uhr und 18 Uhr, um gemeinsam unserem Hobby EDV (elektronische Datenverarbeitung) zu frönen.

Bei Fragen sind wir füreinander da." Und das Motto der Volkssolidarität lautet ja auch "Miteinander - Füreinander". Eine Altersbe-

grenzung gibt es praktisch nicht, Andreas Heil lädt Menschen ein im Alter zwischen 9 und 99 Jahren. Wichtig und auch Bedingung: Jede Teilnehmerin, jeder Teilnehmer bringt den eigenen PC mit. Säfte oder -alternativ - eine Flasche Club-Mate sind willkommen.



Interessierte müssen sich aber unbedingt vorher anmelden unter: Tel 0331 - 70423112

E-Mail: andreas.heil@volkssolidaritaet.de



(Fortsetzung von S. 8)

des Landesverbandes. Diese wird an die von uns bekannten E-Mailadressen verschickt. Auch an die Entscheidungsträger unseres Ortes. Wir hatten auch schon Rückmeldungen von unseren Mitgliedern, die die Onlinezeitung nicht kannten. Wir haben uns vorgenommen, die Onlinezeitung verstärkt mit Informationen aus unserer Mitgliedergruppe zu versorgen. Momentan haben wir noch keine Veränderungswünsche, scheuen uns aber auch nicht, bei Problemen das Gespräch zu suchen.

Gerhard Dombrowski, Bergfelde, VB OHV

"Da die Onlinezeitung nicht entsprechend der Globalen Adressliste verteilt wird, sende ich die Onlinezeitung an alle E-Mail-Empfänger in unserem Verbandsbereich weiter, so wie ich es mit den voran gegangenen Exemplaren gemacht habe."

Heidi Radecker, Schwedt

"Ich kann anbieten, dass wir die Onlinezeitung auf unserer Website und facebook ankündigen, allerdings wäre es in diesem Fall schön, wenn wir per Link auf eine Website des Landesverbandes führen könnten und nicht auf unseren Regionalverband, denn das führt dann sicher wieder zu Verwechslungen. So sehen die Leser, dass es eine Publikation des LV ist."

Claudia Lengsfeld, RV Bürgerhilfe

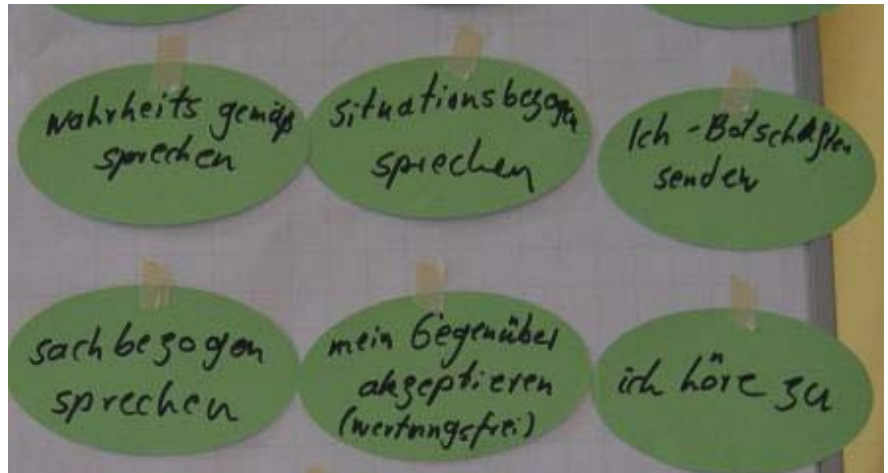
Beratung, Betreuung, Qualifizierung

Beruhigung und wichtiger Ausgleich

Deeskalations-Training für Mitarbeiter der Volkssolidarität in Potsdam

Das erste Training zur Deeskalation für die Mitarbeiter/-innen der Hilfen zu Erziehung ermöglichte nicht nur einen fundierten theoretischen Einblick in einschlägige Theorien (zum Beispiel von Friedrich Glasl; Phasenmodell der Eskalation).

Unter Leitung des Dozenten und selbständigen Kampftainers Daniel Trumbach bot die Veranstaltung im Bürgerhaus „Am Schlaatz“, Potsdam auch ganz praktische Anwendungsmöglichkeiten,



Sie fällt schwer, ist aber unerlässlich: Eine bewusste Strategie im Umgang mit Spannungssituationen

um eskalierenden Situationen präventiv, erfolgreich entgegenzuwirken. Die Teilnehmer/-innen starteten, nachdem über die Definition „Konflikt“ gesprochen wurde, mit Beispielen aus ihrer Praxis. Mithilfe der genauen Analyse der Situationen, im Plenum wie aber auch in den

Kleingruppenarbeiten, konnten weitere Ideen zur Prävention oder Bewältigung eskalierender Situationen entworfen werden. Die Teilnehmer/-innen tauschten sich u.a. über die Nachsorge bei solchen Situationen aus.

Anne Papendorf



Die Teilnehmer am Training zur Deeskalation in Potsdam.
Fotos: Anne Papendorf

Gewalt in der Kommunikation

Personalmangel und wachsende Klientenzahlen erhöhen vielfach den Druck auch auf die Pflegekräfte der Volkssolidarität. Damit diese Situation nicht zu Eskalationen führt, bot die brandenburgische Volkssolida-

Fortsetzung auf S. 25



Wie ergeht es Menschen, die sich nicht oder nur noch eingeschränkt sprachlich verständlich machen können? An dieser Stelle sind Pflegefach- und Pflegehilfskräfte gefordert. Hier: Teilnehmer einer Weiterbildung der Volkssolidarität zum Umgang mit den betroffenen Patienten.

Immer wieder wird "Warum" gefragt

Weiterbildung der Volkssolidarität zum Umgang mit demenzkranken Menschen in allen Stadien

Demenzkranken Menschen haben ein Recht auf wertschätzende Haltung und achtungsvolle Behandlung. Weil dies im Pflegealltag nicht immer leicht zu erreichen ist, hat die brandenburgische Volkssolidarität im Juli eine zweitägige Weiterbildung für Mitarbeiter ihrer Pflegeeinrichtungen durchgeführt.

Kursleiterin Konstanze Gundudis, Dozentin in der Altenhilfe, gab Einblicke in das Wesen der Demenzerkrankung und stellte Strategien im Umgang mit den Erkrankten vor. Pflegefachkräfte der Volkssolidarität aus den Einrichtungen in Finsterwalde, Fürstenwalde, Gartz, Bad Belzig,

Eberswalde und Teltow besprachen dabei Methoden des Einstimmens

Sie lernten dabei besser zu verstehen, wie demente Personen sich und die Umwelt wahrnehmen, wie sie ihre Gedanken und Gefühle zum Ausdruck bringen. Ein Problem sei dabei die Sprachstörung, welche keine "normale" Kommunikation gestatte. Beispiel eines schonenden Umgangs: Wenn eine demenzkranke Person verlassen werden muss, sollte das mehrmals zuvor geduldig angekündigt werden. Besonders schwierig ist das Anfangsstadium, weil der Mensch noch bewusst erlebt, dass mit ihm etwas nicht stimmt.

Fortsetzung von S. 24

rität für ihre Pflegedienstleiter eine Weiterbildungsveranstaltung an zum Thema „Gewaltprävention in der Kommunikation“. Referentin Katja Stephan, Soziologin, seit 20 Jahren in der Jugendhilfe und Dozentin der Fachhochschule Potsdam, wies darauf hin, dass die Vermeidung von Gewalt in der Sprache vielfach eine Frage der inneren Haltung ist. Um dem wirkungsvoll zu begegnen, sollte sich bewusst gemacht werden, dass 90 Prozent der Verhaltenssteuerung durch das Unterbewusste erfolgt.

In der Pflege schwingt oft das unausgesprochene Thema Tod mit, das Stimmungen und auch Art und Weise der Äußerungen bestimme. Zu pflegende Menschen, aber auch deren Angehörige würden u. a. deshalb in psychische Ausnahmesituationen geraten.

Aufschrei, körperliche Drohung oder Schlimmeres könnten sich daraus ergeben. Wie sich die innere Erschütterung zeige, hänge auch vom Typ des jeweiligen Menschen ab.

Wenn Gewalt auf diese Weise im Anzug sei, würden Strategien wichtig sein, wie man damit umzugehen habe, sagte Andreas Heil, stellvertretender Vorstandsvorsitzende der märkischen Volkssolidarität.



Zwischen Lausitz und Uckermark



Die Volkssolidarität im Land Brandenburg

Ausgabe Juni 2017



"Geschafft!" Die Wanderung durch die wunderbare Parklandschaft der "Gärten der Welt" in Berlin war für den einen kürzer, für die andere länger, aber kurzweilig war es in jedem Fall. Die brandenburgische Volkssolidarität führte an diesem Tag im Juni ihren Wandertag durch und kombinierte dies mit dem "Tags der Volkssolidarität". (s. S. 2 bis 4) *Foto: Krauß*

Aus dem Inhalt

Land - Regionen - Bund

	Seite		Seite
Über 1.640 Unterstützer		VS-Leben "an der Basis"	
Pflegenotstand: Onlinepetition der VS	5	Aus den Kreis- und Regionalverbänden	11
Wie kann der Pflege schnell geholfen werden?		Das Alter als Chance	
Landtag debattiert ein brennendes Thema	6	Generationsübergreifendes Projekt	17
Fünf Forderungen präsentiert		Kinder sprechen ihre eigene Sprache	
Kita-Erzieherinnen debattieren mit der Politik	7	VS-Fachberatung	22
Volkssolidarität - ihr Vorschlag wirkt		Ein Nullsummenspiel?	
Aufgegriffen: erweiterte Ehrenamtskarte	9	VS begrüßt Rentenerhöhung mit Vorbehalt	24



Unser Sozialverband zu den Verantwortlichen: "Nicht nur reden, auch handeln!" *Foto: Krauß*

Standpunkt der Volkssolidarität zum "Tag der Pflege"

Die Öffentlichkeit sensibilisieren

Der „Internationale Tag der Pflege“ am 12. Mai war aus Sicht der brandenburgischen Volkssolidarität ein guter und zugleich wichtiger Tag, um die Öffentlichkeit für das Thema „Pflege“ zu sensibilisieren. Wie Verbandsratsvorsitzender Dr. Bernd Niederland aus diesem Anlass erklärte, hat das Thema Pflege angesichts des demografischen Wandels hin zu einer älter werdenden Gesellschaft schon heute eine hohe gesellschaftliche Relevanz. "Die Zahl der Pflegebedürftigen wird weiter ansteigen, die Möglichkeiten der praktischen familiären Unterstützung der Betroffenen werden weiter abnehmen."

Aus Anlass des „Tages der Pflege“ 2017 dankte Niederland den annähernd 1.000 Pflegekräften der Volkssolidarität in den 40 ambulanten Pflegediensten, in den 9 Pflegeheimen, in den Einrichtungen für psychisch Kranke, einschließlich der Betreuung von Menschen mit Demenz sowie den Mitarbeiter/innen im betreuten Wohnen. In der ambulanten Pflege werden täglich ca. 8.000 Menschen von der Volkssolidarität betreut und umsorgt. Jährlich sind das weit über drei Millionen Pflegeeinsätze. Sie würde oft unter den erschwerten Bedingungen des ländlichen Raumes erbracht.

Bei einer Podiumsdiskussion in der Aula des Potsdamer Humboldt Gymnasiums warb Vorstandsmitglied Andreas Heil dafür, die ambulante Pflege als wichtigen Teil des Gesundheitswesens anzuerkennen, wie er sich in den vergangenen Jahrzehnten herausgebildet hat. Was die Debatte um eine bessere Bezahlung der Pflege in Brandenburg betrifft, „gehen wir in eine Richtung und führen keine Diskussion gegeneinander“, sagte er gegenüber den Vertretern von Politik und Gewerkschaften. Pflegeleistungen würden von den Kassen unterschiedlich und vor allem viel zu gering vergütet.



Zwischen Lausitz und Uckermark



Die Volkssolidarität im Land Brandenburg

Ausgabe Dezember 2016



Wir sind nicht jung, aber die Welt ist offen. Das Gubener Seniorenkabarett der Volkssolidarität "Die Herbstzeitlosen" trägt Frohsinn und Nachdenklichkeit in die Reihen seiner Zuhörer. Die neue Ausgabe von "Zwischen Lausitz und Uckermark" will sich dem nicht verschließen.

Foto: Krauß

Aus dem Inhalt Land - Regionen - Bund

	Seite		Seite
<i>Die guten Werte gelebt</i>		<i>Veltener Teller geht nach Hennigsdorf</i>	
Ehrungen zum 71. Jahrestag der Volkssolidarität	2	Hohe Ehrung für Gisela Damm	8
<i>Wechsel an der Spitze der Landesgeschäftsstelle</i>		<i>"Wir wollen klare Antworten"</i>	
Ines Große folgt auf Roswitha Orban	4	Die Kreisreform in Brandenburg	13
<i>In der ersten Reihe</i>		<i>Höchst persönlich</i>	
Teilnahme an der TTIP-Demo in Berlin	5	Rosemarie Nehr Korn, Wildpark-West	14
<i>Eine strategische Entscheidung</i>		<i>Bundesverband aktuell</i>	
Ein Tarifvertrag bleibt Ziel der VS	6	Bundesdelegiertenversammlung in Potsdam	18

Neues Begutachtungssystem des medizinischen Dienstes

Von Stufe zum Grad

Für die Bewertung von Menschen mit Betreuungsbedarf wird es ab Januar 2017 fünf Pflegegrade statt der bisherigen drei Pflegestufen geben. Auch für die Pflegedienste der Volkssolidarität sind die neuen Grundsätze des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes von diesem Zeitpunkt an verbindlich. Im Vorfeld dieser Änderung wurden die brandenburgischen Pflegedienstleiter in die Landesgeschäftsstelle eingeladen, wo vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen die wichtigsten Änderungen erläutert wurden.

Wie Andreas Heil, stellvertretender Vorstandsvorsitzender für den Bereich Pflege und Wohnen, dazu sagte, werde bei der Bewertung des Pflegebedarfes nicht länger im Vordergrund stehen, was die zu pflegende Person nicht mehr kann, sondern - im Gegenteil - zu welchen Verrichtungen sie noch in der Lage ist. In den Mittelpunkt stehe nunmehr die Frage: "Wie selbständig ist der Versicherte bei der Bewältigung seines Alltags? Einbezogen werden dabei auch psychische Problemlagen und die Fähigkeit zur Ausgestaltung sozialer Kontakte.

Weiterbildung in der Landesgeschäftsstelle

Der Demenz hilflos ausgeliefert?

Menschen, die ihre demenzerkrankten Angehörigen pflegen, brauchen Anleitung und Ermutigung. Im Verlaufe einer eintägigen Weiterbildung lernten Fachkräfte der Pflegedienste der Volkssolidarität Mitte November, dass mit vielen Tipps und Tricks das Leben sowohl der zu Pflegenden als auch der Pfleger erleichtert werden kann. Es ging, um das Motto der Schulungsveranstaltung zu nennen, darum, "Hilfe beim Helfen" anzubieten. Sie habe sich "sehr gefreut", dass die brandenburgische Volkssolidarität diese Möglichkeit eröffnet habe, bekannte Schulungsleiterin Birgitta Neumann, Leiterin des Kompetenzzentrums Demenz im Land Brandenburg. Auf die Frage, was der größte und am meisten verbreitete Irrtum über Demenz ist, nannte sie die Auffassung "dass man sowieso nichts machen kann". Dies sei mitunter auch die Auffassung von Ärzten, aber werde



Teilnehmer der Qualifikation

deshalb nicht richtiger. Wichtiger als manche Medizin seien eine klare Tagesstruktur und Begleitung. Beraterin Neumann sagte ferner, es gelte auch die pflegenden Angehörigen zu schützen und zu vermeiden, dass sie am Ende selbst Pflegefälle werden. Eine Pflegeleistung über zehn oder zwölf Jahre zehre an der Substanz, Menschen könnten sich dabei verlieren. Hinzu komme, dass sich in dieser Lage viele Menschen selbst isolieren und sich aus Bekannten- und Freundeskreis zurückziehen. Das sei risikoreich.

Termine für die kostenlose Telefonberatung

Wie der Referent für den Mitgliederverband in der LGST Jörg Jutzi mitteilte, können sich Mitglieder der Volkssolidarität an folgenden Tagen juristisch telefonisch beraten lassen: 24. November, 8. Dezember, 5. Januar, 19. Januar, 2. Februar, 16. Februar.

Anmeldung unter der Telefonnummer 0331 704231-24. An den genannten Tagen kann die Beratung zwischen 11 Uhr und 12 Uhr sowie zwischen 13 Uhr und 15 Uhr erfolgen. Die gültigen Beratungstermine ab März werden rechtzeitig bekanntgegeben.



Zwischen Lausitz und Uckermark



Die Volkssolidarität im Land Brandenburg

Ausgabe September 2016



Ein schöner Sommer unter dem Schirm der Volkssolidarität. Dennoch haben sich die Arbeit und das Verbandsleben keineswegs ausgeruht. Die September-Ausgabe unserer Onlinezeitung wirft den Blick zurück wie auch den voraus.

Foto: Krauß

Aus dem Inhalt Land - Regionen - Bund

	Seite		Seite
<i>Große Fragen - wichtige Entscheidungen</i>		<i>Azubis per Radio gesucht</i>	
Bundesdelegiertenversammlung in Potsdam	2	Neue Wege der VS Bürgerhilfe	10
<i>Gegen den drohenden Pflegenotstand</i>		<i>Der freundschaftliche "Westkontakt"</i>	
Großprotest vor dem Landtagsschloss	4	Besuche hier und da	13
<i>"Eine strategische Entscheidung"</i>		<i>Impfen möglichst flächendeckend</i>	
Beitritt zur Paritätischen Tarifgemeinschaft	5	Initiative der brandenburgischen VS	17
<i>Wo guter Rat nicht teuer ist</i>		<i>Bundesverband aktuell</i>	
Telefonische Rechtsberatung der VS	8	Soziale Gerechtigkeit ist Friedensbeitrag	18
<i>Aus den Kreisen und Verbandsbereichen</i>	12		



Impfen möglichst flächendeckend

Der Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e.V. beteiligt sich derzeit an einer gemeinsamen Aktion „Impfen im Alter“. Partner dabei sind das „Bündnis Gesund Älter werden“, ferner das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (MASGF), die Landesärztekammer Brandenburg sowie die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg. Ziel ist es, allen Klienten der Volkssolidarität im Bereich Gesundheit und Pflege rechtzeitig, d. h. im September, eine Information zukommen zu lassen, in der an die jährliche Gripeschutz-Impfung erinnert wird, sagte Vorstandsmitglied Andreas Heil.

Zu diesem Zweck wurde ein Informationsblatt erarbeitet, das versendet oder in den Sozialstationen ausgelegt wird. Alle Verbandsbereiche des Landesverbandes Brandenburg und die Kreis- und Regionalverbände sind aufgefordert, sich die Verbreitung zu eigen zu machen. Bei dieser Aktion im Rahmen des „Bündnisses Gesund Älter werden“ ist die Volkssolidarität der erste durchführende Wohlfahrtsverband.

Das Gesundheitsministerium hatte nach den Erfahrungen im Jahr 2015 angeregt, das Projekt im laufenden Jahr zu wiederholen.

Presse-Volkssolidarität

Hilfsangebote

Demenzratgeber vollständig überarbeitet

Der "Ratgeber in rechtlichen und finanziellen Fragen für Angehörige von Demenzkranken, ehrenamtliche und professionelle Helfer" wurde neuerdings von der Deutschen Alzheimergesellschaft (DAIzG) vollständig überarbeitet und neu gestaltet. Autorinnen sind die Rechtsanwältinnen Bärbel Schönhof (2. Vorsitzende der DAIzG) und Sandra Ruppin.

Weg durch den "Dschungel"

Anliegen des Ratgebers ist es, Patienten und Angehörigen "den Weg durch den Paragrafendschungel" zu erleichtern. Wer soll eine Vollmacht bekommen und wie muss sie aussehen? Wer haftet, wenn Schäden entstehen? Welche finanzielle Unterstützung gibt

es bei der Pflege? Dabei will die Alzheimer Gesellschaft mit ihrem Ratgeber helfen, der jetzt bereits in der 8. Auflage erschienen ist.

Neben der Vorsorgevollmacht sind die Patientenverfügung und das Testament weitere Themen. "Der Ratgeber erklärt in leicht verständlicher Form die Vor- und Nachteile dieser Regelungen und was formal beachtet werden muss", schreiben die Herausgeber.

Ebenso geht es um die Geschäftsfähigkeit oder die Frage, ob und wie lange Demenzkranke selbst Auto fahren können und was man hinsichtlich Haftung und Versicherungen wissen sollte.

Nützlicher Anhang

Ein Kapitel informiert über die Leistungen der Pflegeversicherung, das Antrags- und Begutachtungsverfahren. Ein anderes erklärt, unter welchen Voraussetzungen das Sozialamt zur Finanzierung der häuslichen Pflege beiträgt.

In einem weiteren Kapitel wird erläutert, welche Vorteile ein Schwerbehindertenausweis bringt. Der Anhang des Ratgebers enthält nützliche Musterdokumente, etwa zur Formulierung von Vorsorgevollmachten, Betreuungsverfügungen oder Widersprüchen.

Bestellmöglichkeit: Ratgeber in rechtlichen und finanziellen Fragen bei Demenz 8. Auflage 2016, 208 Seiten, 6 € im Online-Shop der DAIzG.

Ehrenamt versichert?

Sind Mitglieder während einer Fahrt oder Veranstaltung mit der Volkssolidarität gegen Unfälle versichert? Versichert gegenüber körperlichen Schäden (nicht Sachschäden) sind über die Volkssolidarität nur Mitglieder und Nichtmitglieder, die im Schadensmoment eine ehrenamtliche Tätigkeit bei der VS ausüben (OG-Vorstände, Kassierer, Listensammler, Kulturorganisatoren u.a.). Nicht versichert sind Mitglieder bei Feiern oder Fahrten, wenn sie kein Ehrenamt ausüben. Dann ist der Schadensfall über die eigene Versicherung zu regulieren.

Aus: Im Barnim Aktuell



Zwischen Lausitz und Uckermark



Die Volkssolidarität im Land Brandenburg

Ausgabe Juni 2016



Das Wandern ist des Müllers Lust. Dem Vernehmen nach waren sieben Müllers angemeldet, als die brandenburgische Volkssolidarität ihren diesjährigen Wandertag veranstaltete. Aber nicht nur ihnen hat es gefallen in den "Bloischdorfer Alpen". Mehr dazu in diesem Heft.

Foto: Krauß

Aus dem Inhalt

Land - Regionen - Bund

	Seite		Seite
<i>In der neuen "Rosenstadt"</i>		<i>Blick in den Barnim</i>	
Forst hat ein modernes VS-Pflegeheim	2	Fleiß und Preis im Ehrenamt	14
<i>Abschluss Spendensammlung 2016</i>		<i>Dem Namen VS Ehre machen</i>	
313.000 Euro für gute Zwecke	3	Flüchtlingsinitiativen vorgestellt	15
<i>Noch Luft nach oben</i>		HÖCHST persönlich: Horst Singer	19
Nach der Landesdelegiertenversammlung	5	<i>Bundesverband aktuell</i>	
<i>Was für ein Tag!</i>		Die Rente ist einfach zu niedrig	20
Vom Landes-Wandern der VS	9	<i>Trennung wird aufgehoben</i>	
<i>Aus den Kreisverbänden</i>	12	Änderungen bei der Pflegeausbildung	21

"Noch Luft nach oben"



schen würden 95 Prozent der Mitglieder den neuen Beitrag in Höhe von 3 Euro zahlen, zum angestrebte Einzugsverfahren hätten sich 62 Prozent der Mitglieder bereitgefunden. "Da ist noch Luft nach oben."

Der Wohlfahrtsverband Volkssolidarität hat im Land Brandenburg rund 35.500 Mitglieder und damit 8 Prozent weniger als vor 4 Jahren. Das Durchschnittsalter seiner Mitglieder ist in der gleichen Zeit von 73,2 Jahren auf 75 Jahren angestiegen. Verbandsratsvorsitzender Niederland rief zur verstärkter Mitgliederwerbung auf, weil nur mit einer hohen Mitgliederzahl das sozialpolitische Anliegen des Verbandes aussichtsreich vertreten werden könne.

Dazu gehörten wirksame Sozialarbeit und Hilfen gegen die Vereinsamung von Menschen. Es sei der in vielen Kommunen beheimatete Mitgliederverband, der das Bild von der Volkssolidarität in der Öffentlichkeit und der Politik präge. Die Delegierten beschlossen, die traditionelle jährliche Spendensammlung auch künftig fortzusetzen.

Worte des Präsidenten

Wenn es eine leichte Rentenerhöhung gegeben habe, dann sei das auch das Verdienst der Volkssolidarität gewesen, erklärte der Präsident des VS-Bundesverbandes Wolfram Friedersdorff vor der Delegiertenversammlung. Gewählt wurden abschließend die 17 Vertreter Brandenburgs bei der Bundesdelegiertenversammlung der Volkssolidarität am 30. September in Potsdam.

Die brandenburgische Volkssolidarität hat die Neustrukturierung ihrer Leitung abgeschlossen. Auf der 19. Landesdelegiertenversammlung in Luckenwalde wählten die 66 Vertreter am 16. April den langjährigen Landesvorsitzenden Bernd Niederland zum neuen Verbandsratsvorsitzenden. Er erhielt 55 Ja-Stimmen. Anschließend konstituierte sich der 15-köpfige Verbandsrat, dessen Mitglieder in den kreislichen Gliederungen bestimmt werden. Dieser Rat löst den bisherigen Landesvorstand ab und wird laut neuer Satzung den dreiköpfigen hauptamtlichen Landesvorstand berufen und kontrollieren.

Zur Verbandsratsbesetzung

Die Versammlung hat dem Verbandsrat die Empfehlung gegeben, die Besetzung der hauptamtlichen Posten zu thematisieren. Am 18. Mai folgte der Verbandsrat dieser Empfehlung und bestätigte die Besetzung der hauptamtlichen Vorstandsmitglieder mit 11 von 12 anwesenden Verbandsratsmitgliedern.

In seinem Bericht vor den Delegierten der Landesversammlung

sprach sich Verbandsratsvorsitzender Niederland dafür aus, ein produktives Verhältnis von Veränderung und Kontinuität im Auge zu behalten. Als gelungen hob er die Fusion zum Verbandsbereich Oderland hervor. Er trat dafür ein, die unerlässliche Betreuung psy-



chisch kranker Menschen zu erweitern und weitere Sozialzentren der Volkssolidarität zu schaffen. Täglich hätten heute schon die Mitarbeiter der VS zu rund 15.900 betreuten Menschen aller Altersgruppen in Brandenburg Kontakt.

Beim Thema Beitragserhöhung wies Niederland darauf hin, dass sie von 4 Prozent Mitgliederrückgang begleitet gewesen sei, es also keineswegs zu der von manchen vorhergesagten großen Austrittswelle gekommen sei. Inzwi-

Die gute Versorgung kommt zuerst



Roswitha Orban, Vorstandsvorsitzende

Wir wollen einen starken Mitgliederverband mit starken Mitgliedergruppen als Orte aktiver Sozialarbeit. Wir wollen, dass unter dem Dach der Volkssolidarität ein starkes Netz ehrenamtlicher Tätigkeit bleibt und sich vergrößert. Finanzielle Mittel - sprich Investitionen - sind demnach insbesondere im Personalkostenbereich bereitzustellen u.a. für folgende Schwerpunktaufgabe: Vorlaufkosten für die Fortsetzung der bereits sehr erfolgreich laufenden professionellen Mitgliederwerbung. Immerhin wurden 50% der im Jahre 2015 geworbenen Mitglieder, also 1.200 Mitglieder, dadurch gewonnen.

Andreas Heil, hauptamtlicher Landesvorstand

Das Krankenversicherungsgesetz und die Pflegeversicherung sehen vor, dass der Leistungsumfang für den Versicherten auf das notwendige Maß beschränkt wird. Und jeder Versicherte ist gehalten, keine unnötigen Kosten zu produzieren.

Als Wohlfahrtsverband besteht das Interesse der Volkssolidarität zunächst einmal in einer guten Versorgung der Bürger und nicht in einem Gewinnstreben. Nichtsdestoweniger können auch wir nur dann am Markt bestehen, wenn wir kostendeckend arbeiten, da wir keine Möglichkeiten haben Verluste anders auszugleichen.



Peter Lange, hauptamtlicher Landesvorstand zum verlustreichen Ergebnis des Cottbusser Immobiliengeschäftes:

„So schlimm die finanziellen Folgen auch waren, immerhin sprechen wir von 4 Millionen Euro, zeigt sich aber auch, welche Leistungskraft in diesem Verband steckt. Dass der Verband diese Krise überlebt hat, sprich nicht gezwungen war, Insolvenz anzumelden, ist keineswegs selbstverständlich. Eine konsequente, wohlüberlegte Haushaltsplanung, eine strenge Kontrolle, deren Umsetzung, Investitionsplanung mit Augenmaß und letztlich eine gezwungenermaßen sehr zurückhaltende Erhöhung der Personalkosten, waren dafür wesentliche Faktoren.“

Unsere Delegierten



Wie erkennt die Kita-Erzieherin, dass ein Kind Probleme hat? Was sind Misshandlungs- oder Missbrauch-Signale? Um rechtliche Fragen im pädagogischen Alltag ging es, als Ende April eine Fachtagung für Kita-Leiterinnen der Volkssolidarität in Falkenhagen stattfand. Veranstaltet von der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und dem VS-Landesverband vermittelten die Referenten Sicherheit bei rechtlichen Fragen. „Alles was Recht ist“, war die zweitägige Tagung überschrieben. Besprochen wurden Themen zum Sorgerecht, Umgangsrecht und Aufenthaltsbestimmungsrecht.

Foto: Orban



Qualifikation und Gedankenaustausch

Freiheitsentziehende Maßnahmen möglichst vermeiden

Mitte April veranstaltete die brandenburgische Volkssolidarität eine "Fachtagung Pflege" im Potsdamer "Treffpunkt Freizeit". Einen Tag lang beschäftigten sich die 34 Teilnehmer mit dem Thema "Reduktion freiheitsentziehender Maßnahmen" - d. h. mit einer Problematik, vor der gerade in einer älter werdenden Gesellschaft Pflegefachkräfte immer wieder stehen. Referentinnen waren Birgit Schumacher, Geschäftsführerin, Institut AGP Sozialforschung Freiburg und Inge Dorothea Böitz Glässel, Pflegedienstleitung evangelische Sozialstation Freiburg. Sie stellten Maßnahmen vor, mit deren Hilfe freiheitsentziehende Maßnahmen gegenüber zu pflegenden Personen verhindert werden können. Wie der Refe-

rent für Pflege, Alten- und Behindertenhilfe in der VS-Landesgeschäftsstelle, Andreas Heil, sagte, wurden diese im Teilnehmerkreis diskutierten Maßnahmen im Rahmen der Studie "ReduFix" ermittelt. Zur Debatte standen Dokumentationsunterlagen und ein Fragekatalog, mit denen Pflegekräfte umgehen und die sie in ihre Tätigkeit einbauen können".

Inzwischen seien Spezialisten dabei, ein Formular zu entwickeln, nach dem sich eine Pflegekraft richten kann. Darin wird ein Fall von allen Seiten beleuchtet. In Auswertung dieses Papiers soll entschieden werden, ob eine solche Maßnahme zur Anwendung kommt und wie sie zu bewerten ist.

Die Teilnehmer der Fortbildung wurden in die notwendige Dokumentationspflicht eingewiesen, um sich selbst auch abzusichern. Dieser Katalog "befindet sich derzeit noch im Stadium der Erarbeitung."

Notwendig sei eine tiefgreifende Verständigung auf diesem schwierigen Gebiet gewesen. In Fällen, wo pflegebedürftige Menschen daheim von Angehörigen betreut werden, stoßen Pflegerinnen und Pfleger immer wieder auf Unsicherheiten und Unklarheiten, die sowohl die pflegenden Familienangehörigen als auch die Pflegekräfte selbst betreffen. Wann ist eine Maßnahme ein Hilfsmittel, um eine Pflegeperson zu schützen? Und wann ist sie als freiheitsentziehende Maßnahme anzusehen und zu bewerten, die bei Gericht beantragt werden muss? Das Problem bestehe darin, dass Angehörige oft von der Pflegekraft verlangen, beispielsweise ein Bettgitter einzusetzen, um für die Pflegeklienten in der Nacht Sturz- und Verletzungsgefahr zu vermeiden. Aus der Befürchtung heraus, dass ihre Angehörigen zu Schaden kommen, greifen sie zu Mitteln, die aber ein Gericht anordnen müsste. Für die Pflegekraft erwachse daraus ein Zwiespalt, denn „sie dürfen das nicht.“ Pflegefachkräfte dürfen Hinweise geben. Bei freiheitsentziehenden Maßnahmen, die kein Gericht angeordnet hat, handelt es sich im Grunde um eine Straftat. Der Vorgang steckte bislang in einer Grauzone.





Zwischen Lausitz und Uckermark



Die Volkssolidarität im Land Brandenburg

Ausgabe März 2016



Etwa die Hälfte der 180 Kinder in der Kita „Spatzenhaus“ (Frankfurt/O.) stammt aus Haushalten, die nach heutigen Maßstäben arm sind. Kinder, aber zunehmend auch ältere Menschen, sind laut neuestem Bericht von Armut bedroht. U.a. deshalb führt die Volkssolidarität auch 2016 eine Spendensammlung durch.

Aus dem Inhalt

Land - Regionen - Bund

<i>Die neue Perle von Eisenhüttenstadt</i> Eröffnung des modernen VS-Sozialzentrums	Seite 2	<i>Mützen, Mäntel, Socken</i> Flüchtlingsinitiativen in den Regionen	Seite 8
<i>Spendenaufruf für 2016</i> Traditionelle Verantwortung	3	<i>"Phantastisch ist nicht übertrieben"</i> HÖCHST persönlich: Anne-Marie Henseke	12
<i>Arbeitskampf in der Uckermark</i> Landesverband für landesweiten Tarif	4	<i>Der weite Weg zur Apotheke</i> VS mahnt die Landesregierung	13
<i>"Deutlicher Arbeitscharakter"</i> Zur Landesdelegiertenversammlung am 16. April	5	<i>Er hatte den Funken zur Flamme</i> 1949 schuf Willy Blume das VS-Symbol	14
<i>Vor einer "Lawine der Altersarmut"</i> Armutsbericht für Senioren erschreckend	6	<i>Beim Thema Rente nicht locker lassen</i> Beschlüsse zum Angleich müssen gelten	15

Politische Lösungen für die Pflege müssen her

Die schwierige Lage im Bereich der Pflege war ein zentrales Thema, als Anfang März Spitzenvertreter der brandenburgischen Volkssolidarität zu einem Gedankenaustausch mit Angehörigen der CDU-Landtagsfraktion zusammentrafen.

Den Pflegenotstand benannt

Die hauptamtlichen Verbandsvertreter, ferner Verbandsratsvorsitzender Bernd Niederland und Landesgeschäftsführerin Roswitha Orban, schilderten dabei die Situation in der ambulanten Pflege als "Pflegenotstand" und benannten den Fachkräftemangel als besonderes Problem. Die Vorstandsmitglieder der VS verdeutlichten die völlig unbefriedigende Leistungsvergütung im Bereich der ambulanten Pflege und die nicht erklärbaren Unterschiede bei der Ver-

gütung von Pflegeleistungen zwischen Brandenburg und Berlin, was zu einer erheblichen Abwanderung von Pflegepersonal führe und das nicht nur im Speckgürtel.

Insbesondere die absolut unzureichende Finanzierung der Sachkosten in der Pflege durch die Pflegekassen sowie die große Zurückhaltung von Landkreisen an der Pflegefinanzierung im ambulanten Bereich wurden durch die christdemokratischen Politiker mit Interesse zur Kenntnis genommen.

Die CDU war vertreten durch die Abgeordneten Roswitha Schier, Kristy Augustin und Raik Nowka.

Auch sie äußerten ihre Sorge über die unzulänglichen Bedingungen in der Pflege und sicherten zu, die geschilderten Verhältnisse als notwendige Handlungsansätze der Brandenburger Sozialpolitik

aus Sicht der CDU-Fraktion zu benennen. Durch den Verbandsratsvorsitzenden wurden zwei weitere Handlungsfelder Brandenburger Pflegepolitik in die Diskussion eingebracht: Überlegungen zum Aufbau einer "Pflegekammer" in Brandenburg, als berufsständische Interessenvertretung der Pflegekräfte (sowohl ambulant als auch stationär). Diese Idee wird von der CDU und den Grünen unterstützt. Einig waren sich die Gesprächspartner des Gedankenaustauschs darin, dass es in der Pflege-, Gesundheits- und Finanzpolitik eine gesellschaftliche Aufwertung der Pflege bzw. des Pflegeberufes geben muss.

Im vergangenen Jahr hatte die Landesspitze der Volkssolidarität politische Gespräche mit Vertretern der SPD, der Linken und der Grünen geführt.

Auch für das gute Klima: Nachwuchs lernt dazu



Der erste Zyklus für die Weiterbildung von künftigen Führungskräften der Volkssolidarität im laufenden Jahr ist Mitte Februar zu Ende gegangen. An drei Tagen wurden acht VS-Mitarbeiter zu Fragen der Sozialgesetzgebung, der Kranken-

versicherung und Pflege geschult. Die Teilnehmer kamen aus den Verbandsbereichen Prignitz-Ruppin, Potsdam-Mittelmark, Oderland, Oberhavel und Fläming-Elster. Wie Andreas Heil, Referent für Pflege, Alten- und Behinder-

tenhilfe in der Landesgeschäftsstelle, sagte, seien diesmal Schwerpunkte gewesen: „Wie führe ich mit Klienten (Pflegebedürftigen) ein Erstgespräch? Was ist beim Ausfüllen eines Kostenvoranschlags zu beachten? Wie ermitteln sich Vergütungen?“

Dieser Qualifizierungskurs in den Räumen der Landesgeschäftsstelle Potsdam wird im November enden. Ein Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmern fand u.a. zum Thema statt: Wie gehe ich mit Klienten um, die bestimmte Leistungen dringend benötigen, aber sie aus finanziellen Gründen nicht in Anspruch nehmen wollen. Nicht zuletzt sei zur Sprache gekommen, auf welchem Wege und in welcher Weise eine Führungskraft ein gutes Betriebsklima in ihrem Bereich herstellen kann und das ganz praktisch anhand der immer wieder aufgeworfenen Fragen der Feiertagsvergütung.



Zwischen Lausitz und Uckermark



Die Volkssolidarität im Land Brandenburg

Ausgabe Dezember 2015



Ein "Buntes Essen" in der "Suppenküche" der Volkssolidarität in Potsdam führte am 1. Advent Mitglieder der Potsdamer Tafel e.V., Stammgäste dieser Einrichtung und Kriegsflüchtlinge aus Syrien zusammen. Das Treffen diente dem gegenseitigen Kennenlernen; gekocht wurde auf afrikanische Art (Bericht Seite 7). *Foto: LR*

Aus dem Inhalt

Seite

<i>Neue Ziele und zeitgemäße Strukturen</i>		<i>Vierbeiner als erfolgreiche Therapeuten</i>	
18. Landesdelegiertenversammlung	2	6. Alzheimer-Aktionstag in Wittstock	16
<i>Für eine gerechtere solidarische Gesellschaft</i>		<i>Ein Urgestein der Volkssolidarität</i>	
Festveranstaltung des Landesverbandes zum 70.	4	Walter Neuber beging seinen 80. Geburtstag	17
<i>Generationen feierten gemeinsam</i>		<i>"Lachende Kinder sind das Schönste"</i>	
Zweifaches Jubiläum in Hönow	11	HÖCHST persönlich: Rosemarie Trantow	19
<i>Aus Tradition und Verantwortung</i>		<i>"Danke, dass sie jeden Tag..."</i>	
23. Oktober: Tag der Volkssolidarität	12	Festakt des Bundesverbandes zum 70.	21
<i>Wichtige Weichenstellung für die Zukunft</i>		<i>Für einen fairen Welthandel...</i>	
Delegiertenversammlung im KV Märkisch-Oderland	14	Großdemo gegen TTIP und CETA	22

Aus der Diskussion

Für und Wider zur neuen Beitragsordnung

Mit dem Votum für die geänderte Beitragsordnung folgte die Delegiertenversammlung dem Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung vom November 2014. Er sieht vor, dass nicht nur von neu aufgenommenen Mitgliedern, sondern generell ein Mindestbeitrag von drei Euro erhoben wird. Da der Bundesverband in dieser Frage Richtlinienkompetenz für alle nachgeordneten Organe besitzt, musste der Landesverband dem folgen. Allerdings hatte sich Brandenburg vor Jahren für eine

Übergangsfrist entschieden, die dafür genutzt werden sollte, Bestandsmitglieder für die freiwillige Anpassung ihres Beitrages auf drei Euro sowie den Einzug per Lastschrift zu gewinnen.

"Wir können Beschlüsse des Bundesverbandes nicht ignorieren", erklärte Dr. Christa Unger, Mitglied des Landesvorstandes, bei der Begründung des Antrages. "Es ging auch darum, die bisherige Ungleichbehandlung der Bestands- und der Neumitglieder zu beseitigen." Deshalb habe es dazu zahl-

reiche Diskussionen gegeben. Ein Viertel aller Mitglieder im Landesverband habe sich inzwischen für den geänderten Beitragssatz entschieden, von dem künftig noch mehr der Mitgliedergruppe zugute komme. Die Anpassung sei vor allem aufgrund gesunkener Mitgliederzahlen in den letzten Jahren erforderlich. Zu den fehlenden Beitragseinnahmen seien wirtschaftliche Zwänge hinzugekommen. So müssten einige Ortsgruppen - im Gegensatz zu früher - nun für ihre Veranstaltungsräume Miete zahlen.

Monika Nestler, Beiratsvorsitzende im RV Fläming-Elster, kritisierte, dass sich der Landesverband hinter der Beschlusslage des Bundesverbandes "verstecke". In ihrem Regionalverband werde bezweifelt, dass man dem folgen müsse. Sie begründete ihre Gegenanträge u.a. damit, dass durch die Neuregelung viele Bestandsmitglieder verloren gehen könnten. Deshalb sollte auch künftig die Freiwilligkeit bei der Beitragsanpassung und dem Bankeinzug gelten.



Dr. Herbert Burmeister vom KV Bürgerhilfe e.V. und Mitglied des Landesvorstandes, betonte, dass die Entscheidung des Bundesverbandes von "demokratisch gewählten Delegierten" getroffen wurde und nun bindend sei. Nach der Übergangsperiode sei der Zeitpunkt für den einheitlichen Mitgliedsbeitrag gekommen. Auch müsse die Finanzierung des Bundesverbandes, der keine eigenen Einnahmen habe, jedoch die Interessen aller Mitglieder vertrete, gesichert sein.

Steffen Große vom RV Fläming-Elster verwies auf Widerstand und Vorbehalte in den Ortsgruppen, obwohl in einigen bereits jedes Mitglied freiwillig den neuen Beitrag zahle. Doch habe man auch viele Mitglieder verloren und er frage sich, ob dieser Preis nicht zu hoch sei. Zudem sei er der Ansicht, dass mit der Beitragsanpassung nicht alle Finanzierungsprobleme gelöst werden können und dass auch beim Bundesverband über Alternativen nachgedacht werden sollte.



Regina Wach, Vorsitzende der Ortsgruppe Blankenfelde, warb für die neue Beitragsordnung. In ihrer Gruppe mit 260 Mitgliedern habe sie bereits mit den meisten über die geplante Änderung gesprochen und viele vom neuen Beitrag und dem Bankeinzug überzeugen können. "Fast alle, die ich persönlich aufgesucht hatte, haben akzeptiert." Einige zahlten inzwischen sogar vier oder fünf Euro. Bis zum Jahresende wolle sie die Gespräche in ihrer Ortsgruppe abschließen.

Erfolgreiches Seminar für Führungskräfte in spe

Potsdam. Führungskräfte in der Pflege stehen im Arbeitsalltag vor großen Herausforderungen. Als Arbeitgeber unterstützen wir im Referat Pflege deshalb gezielt unsere Mitarbeiter und bieten praxisnahe Schulungen für die Aufgaben in einer Leitungsposition an. Am 19. November konnten die Seminarteilnehmer der ersten Trainee-Schulung für angehende Pflege-



dienstleitungen ihr Zertifikat in Empfang nehmen. In einem 9-tägigen Seminar wurden sie auf

den Arbeitsalltag als Führungskraft vorbereitet. So wurden zunächst Besonderheiten im Pflegerecht und im Vertragsrecht vermittelt. Darauf aufbauend vertieften sich die Teilnehmer in die Dienst- und Tourenplanung. Weitere Schwerpunkte waren die Richtlinien des Qualitätsmanagement-Handbuchs und die optimale Nutzung der Pflege-Software.

Andreas Heil



Zwischen Lausitz und Uckermark



Die Volkssolidarität im Land Brandenburg

Ausgabe September 2015



Ein großes Familienfest der Volkssolidarität gab es am 5. September im Tierpark Berlin. Anlass war der 70. Geburtstag unseres Wohlfahrtsverbandes. In mehr als 20 Zelten wurden die Angebote der Volkssolidarität und ihrer Partner den rund 8500 Besuchern vorgestellt. *Siehe Seite 4.*

Foto: Mario Zeidler

Aus dem Inhalt

	Seite		
<i>Ein Kinderfest zum 70.</i> Besuch im "Bambooland" in Wildau	4	<i>Ein Fest, das Kooperationspartner zusammenschweißt</i>	11
<i>"Timur-Trupps" und Veteranenklubs</i> Die Volkssolidarität in den 50-iger Jahren	5	<i>"Kein Mitglied darf vergessen werden"</i> HÖCHST persönlich: Hilde Sliwa	15
<i>Die Jubiläumsschnitte von Bäckermeister Plentz</i> Ein originelles Geburtstagspräsent	7	<i>Ein lohnender Blick über den Tellerrand</i> 11. Deutscher Seniorentag in Frankfurt/Main	16
<i>"Das macht uns riesigen Spaß"</i> 55 Jahre Ortsgruppe Podelzig	9	<i>Bezahlbare Energie für Alle gefordert</i> Bündnis wendet sich an Regierung und Bundestag	18

"Um die Auffrischung muss sich jeder selbst kümmern"

Das Bündnis "Gesund Älter werden" im Land Brandenburg, in dem unser Landesverband mitarbeitet, befasst sich seit Jahren mit dem Impfschutz für ältere Menschen. Warum ist das so wichtig?

A. Heil: Die meisten Jugendlichen und Jungerwachsenen haben einen guten Impfschutz, vor allem dank der vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) vorgeschriebenen Vorsorgeuntersuchungen. Ab dem 18. Lebensjahr müssen sich die Bürger selbst um die Auffrischung ihrer Impfungen kümmern, weshalb sie im Rahmen einer Arztkonsultation auch dazu befragt werden. Im Alter wird der Impfstatus häufig nicht überprüft. Ein Grund ist der Mangel an Hausärzten, so dass der Klient diesen nur noch im Notfall aufsucht. Auch Hausbesuche sind durch diesen Mangel oft leider nur in Notfällen möglich. In beiden Fällen bleibt für die Prüfung des Impfstatus keine Zeit mehr. Aus diesem Grund hat das Bündnis die Aktion "Impfschutz bei älteren Menschen" ins Leben gerufen.

In welcher Form arbeitet unser VS-Landesverband auf diesem Gebiet aktiv mit?

A. Heil: Wir sind von Beginn an aktives Mitglied im "Bündnis Gesund Älter werden im Land Brandenburg" und wirken an der Entwicklung von Ideen mit. Bei der Aktion zum Impfschutz sind unsere ambulanten Pflegedienste im Landkreis Teltow-Fläming dabei, den Klienten die Prüfung ihres

Impfstatus anzubieten. So sorgen sie dafür, dass der Impfausweis an das zuständige Gesundheitsamt weitergeleitet und dort geprüft wird. Das Amt gibt dann eine Empfehlung, die unsere Pflegekräfte übermitteln, so dass der Klient entscheiden kann, bei welchem Arzt



Andreas Heil

Fachreferent Pflege, Alten und Behindertenhilfe in der Landesgeschäftsstelle

er dann die vielleicht notwendige Auffrischung vornehmen lässt. Übrigens hat die Volkssolidarität in den vergangenen Jahren einige Veranstaltungen zum Thema "Impfen im Alter" durchgeführt. So gab es beispielsweise in Potsdam und Luckenwalde Aktionstage, an denen sich Bürger vor Ort von Ärzten des Gesundheitsamtes impfen lassen konnten. Zudem informierten mehrere unserer Sozialstationen im Rahmen ihres jährlichen "Gesundheitstages" in einem halbstündigen Vortrag über Fragen zu diesem Thema. Und für die Informationsreihe "Gesundheitsinformationen des Kompetenzzentrums Pflege" wurde von unserem VS-Landesverband Brandenburg e.V. in Zusammenarbeit mit erfahrenen Experten ein spezieller Flyer "Impfen im Alter" entwickelt.

Was sollten ältere Menschen tun, wenn sie keinen aktuellen Impfausweis haben oder diesen nicht mehr finden können?

A. Heil: Das ist kein Problem, denn jeder Bürger kann sich an seinen Hausarzt oder das zuständige Gesundheitsamt wenden und seinen Impfstatus jederzeit überprüfen lassen.

Welche Aktionen zum Thema Impfschutz sind noch 2015 und 2016 im Land Brandenburg vorgesehen?

A. Heil: Wir erwägen, die Aktion, die in Teltow-Fläming läuft, auch auf andere Landkreise auszuweiten. Eine Arbeitsgruppe muss dafür die Rahmenbedingungen prüfen. Ziel ist es, im Bündnis einen möglichst umfassenden Überblick zum Impfschutz älterer Brandenburger zu bekommen.

In diesem Jahr soll auch eine Mailing-Aktion stattfinden, die von den Partnern des Bündnisses unterstützt wird. Dabei erhält jeder Klient mit der monatlichen Rechnung unseres Pflegedienstes auch ein Informationsschreiben zum Thema "Impfen im Alter" sowie auch zur Gripeschutz-Impfung.

Für die Zukunft wünsche ich mir ein bundesweites Meldesystem, dass vielleicht über die Gesundheitskarte sichergestellt werden sollte. So könnte jeder Bürger an seine anstehenden Impfungen erinnert werden. Der Arzt könnte automatisch auf die Notwendigkeit hinweisen, ohne dass es zusätzlicher Technik bedarf.

Unsere diesjährige Spendensammlung, die vom 9. März bis 30. April 2015 durchgeführt wurde, erbrachte im VS - Landesverband Brandenburg e.V.

340 352,89 Euro.

Der Landesvorstand dankt nochmals allen fleißigen Sammlerinnen und Sammlern sowie den zahlreichen Spendern für ihren Beitrag zum Gelingen der Aktion im 70. Jahr des Bestehens der Volkssolidarität.



Zwischen Lausitz und Uckermark



Die Volkssolidarität im Land Brandenburg

Ausgabe Juni 2015



Rund um Bestensee vor den Toren Berlins führten die drei Strecken beim 9. Wandertag der Volkssolidarität Landesverbände Brandenburg e.V. und Berlin e.V. am 6. Juni. 640 Wanderer, darunter auch viele aus Sachsen, nahmen daran teil und konnten dank ortskundiger Wanderleiter den Ort, der 1307 in einer Urkunde als "Bestwin" erstmals urkundlich erwähnt wurde und die reizvolle Landschaft erkunden. Bei Temperaturen um 30 Grad waren schattige Wege und kühle Getränke besonders gefragt. (*Bericht Seite 4*). *Foto: LR*

Aus dem Inhalt

Seite

<i>Für gerechte Vergütungen und öffentliche Anerkennung</i> Informationsgespräch mit Brandenburgs Sozialministerin	2	<i>Auf dem Weg zur Erzieherin</i> Berufsausbildung bei der Volkssolidarität	11
<i>Erkundungen im reizvollen Dahme-Seenland</i> 9. Landeswandertag rund um Bestensee	4	<i>Eulen sammeln - Die erste war ihr 1983 zugeflogen</i> Gisela Neumanns Hobby	12
<i>Auch im Alter lange fit bleiben</i> Senioren-Sportpark in Bad Belzig	6	<i>"Hier kann man das Leben wachsen sehen"</i> 40 Jahre Kita "Am Sonnensteig"	13
<i>Für Bildung, Unterhaltung und Geselligkeit</i> Wahlen im VS-Kreisverband Spree-Neiße e.V.	7	<i>"...das kann ich nicht einfach ablegen."</i> HÖCHST PERSÖNLICH: Gisela Herbert	17
<i>Beirat statt Vorstand</i> Neue Struktur der KV Uckermark und Oberhavel	9	<i>"Nachholbedarf beim Rentenwert Ost"</i> Verbandspräsident zur geplanten Rentenerhöhung	18
<i>Im Oktober soll der Einzug gefeiert werden</i> Richtfest für das neue Pflegeheim in Forst	10	<i>Initiative Ehrenamtskoordination gestartet</i> Neue Kurse im Jubiläumsjahr	19

Informationsgespräch mit Brandenburgs Sozialministerin

Für gerechte Vergütungen und öffentliche Anerkennung



Potsdam. In Berlin erhält ein Pflegedienst für die gleiche Leistung ein um bis zu 75 Prozent höheres Entgelt von den Kassen, als in Brandenburg. Das ist der Hauptgrund für den Fachkräftemangel in der ambulanten Pflege. Darauf verwies Dr. Bernd Niederland, Vorsitzender des VS-Landesverbandes Brandenburg e.V. am 7. Mai in einem Informationsgespräch mit Sozialministerin Diana Golze (Die Linke). Neben Mitgliedern des Landesvorstandes nahmen auch Vertreter der Kreis-

verbände teil, darunter die Leiterinnen zweier ambulanter Pflegedienste. So berichtete Jana Daniel von der Sozialstation Potsdam, dass sie aus Personalmangel schon längst keine neuen Klienten mehr aufnehmen könne. "Täglich bekomme ich Anfragen, doch helfen können wir leider nicht." Nach Ansicht von Dr. Niederland seien die erheblichen Unterschiede in der Vergütung gleicher Pflegeleistungen nicht länger hinnehmbar. Auch die Politik müsse deshalb mehr Einfluss auf die Selbstverwaltung

der Pflegekassen nehmen. Insgesamt verdiene die Arbeit in diesem Bereich mehr öffentliche Anerkennung. "Es darf nicht sein, dass Arbeit an Maschinen höher bewertet wird, als an Menschen", so der Vorsitzende.

In der Runde wurde auch der Vorschlag zur Einführung eines verbindlichen Tariflohns für den Pflegebereich diskutiert, der vom VS-Landesverband begrüßt wird. Auch der Überlegung, eine "Pflegekammer" mit Pflichtmitgliedern, nach dem Beispiel der Kammern für Ärzte oder Rechtsanwälte aufzubauen, steht die Volkssolidarität offen gegenüber. "Wir erwarten zwar nicht allzu viel, doch die Diskussion sollte geführt werden", meinte Dr. Niederland. Eine Befragung der Beschäftigten und eine Infokampagne wären denkbar.

Die Ministerin äußerte sich anerkennend über das Wirken der märkischen Volkssolidarität und dankte den Mitgliedern für ihr Engagement. Zu den im Gespräch aufgeworfenen Fragen nehme sie viele Anregungen mit. *Text/Fotos: LR*

Aus der Diskussion



Roswitha Orban, Geschäftsführerin: "Es gab und gibt in Brandenburg zu viele Modellprojekte, die zeitlich begrenzt, oft mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden sind und kaum nachhaltige Wirkungen entfalten. Ein verbindlicher Tarifvertrag für den Bereich Pflege wäre gut, doch nur, wenn auch die Rahmenbedingungen und die Finanzierung stimmen. Auch feste Kostensätze, wie in der stationären Pflege, in denen alle Aufwendungen enthalten sind, wären sinnvoll."

Andreas Heil, Fachreferent Pflege. "Die Verhandlungen über Leistungsentgelte gleichen oft einem Kuhhandel. Es gab Fortschreibungen um wenige Prozentpunkte, doch die Kosten sind um ein Vielfaches gestiegen. Inzwischen gibt es pflegebedürftige Menschen, die mangels Fachkräften nicht mehr versorgt werden können und in der Statistik nicht auftauchen. Unrealistisch ist auch die Wegepauschale für zwei Kilometer, denn die Wege auf dem Land sind viel länger."



Diana Golze, Ministerin: "Pflege braucht mehr öffentliche Anerkennung und die Bezahlung darf nicht nur unter dem Aspekt der Sparsamkeit betrachtet werden. Ich bin für einen Tarifvertrag, den niemand beiseitelegen könnte und über den mit der Gewerkschaft ver.di verhandelt werden sollte. Auch müssen wir Konzepte entwickeln, wie Pflege vor Ort, dort wo sie gebraucht wird, entwickelt werden kann. Was Unterschiede in der Vergütung angeht, kann man nur appellieren."

Klausurtagung des Landesvorstandes

Grundsatzdokumente auf dem Prüfstand

Potsdam. Neue Herausforderungen unter veränderten Bedingungen meistern. Vor dieser Aufgabe steht auch der VS-Landesverband Brandenburg e.V. im Jubiläumsjahr 2015. Ein wichtiger Kompass und rechtliches Fundament seines Wirkens sind die Satzung mit dem Leitbild, die Beitragsordnung und die Finanzierungsrichtlinie. Sie müssen überarbeitet werden, nachdem die Bundesdelegiertenversammlung diese für den Gesamtverband im November 2014 beschlossen hatte. Am 28. Mai in einer Klausurtagung des VS-Landesvorstandes befassten sich die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Kreis- und Regionalverbände sowie deren Vorstände/Beiräten mit den Entwürfen der angepassten Dokumente.

Maßgeblich an der Neufassung beteiligt war Rechtsanwalt Manfred Gerhardt. Er betonte, damit solle die Einheitlichkeit innerhalb des Gesamtverbandes hergestellt werden. Auch sei es notwendig, die sozialwirtschaftliche Tätigkeit, die im Landesverband in den letzten Jahren stark zugenommen



habe, widerzuspiegeln. Und nicht zuletzt müssten die Verantwortlichkeiten mit entsprechenden Haftungsfragen in der Satzung neu geordnet werden. So sieht der Entwurf unter anderem vor, anstelle eines ehrenamtlichen Landesvorstandes zwei bis drei hauptamtliche Vorstände einzusetzen, die

von einem ehrenamtlichen Verbandsrat beauftragt und kontrolliert werden. Die Vorschläge aus der Klausurtagung werden nun von der Grundsatzkommission des Landesverbandes eingearbeitet, bevor die Entwürfe in den Kreis- und Regionalverbänden weiter diskutiert werden können. LR

Abschluss der Spendensammlung 2015

Wir sagen herzlich: **DANKESCHÖN !**

Volkssolidarität

Öffentliche Spendensammlung im Land Brandenburg
9. März bis 30. April 2015

Unterstützen Sie unser Wirken für bedürftige Menschen aller Altersgruppen, damit wir unsere Angebote der Beratung, Hilfe, Begleitung und Geselligkeit erhalten und dem wachsenden Bedarf entsprechend ausbauen können.

Helfen Sie uns, damit wir anderen helfen können. Jeder Spendenbetrag ist willkommen!

Volkssolidarität
Landesverband Brandenburg e.V.
Landesgeschäftsstelle
Benzstraße 10, 14482 Potsdam
Telefon: (03 31) 70 42 31-0
Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband

www.volkssolidaritaet.de

Noch wird eingesammelt und gezählt und das endgültige Ergebnis werden wir erst in der nächsten Ausgabe unserer Onlinezeitung veröffentlichen können. Doch fest steht bereits: die Spendensammlung im 70. Jahr des Bestehens der Volkssolidarität vom 9. März bis 30. April war ein schöner Erfolg. Unser Appell "Helfen Sie uns, damit wir anderen helfen können", der auf Plakaten und Flyern zu lesen war, fand ein breites Echo. Mit dem Spendenerlös wird es möglich sein, die Angebote und Projekte der Hilfe für Bedürftige, der sozialen Beratung und Betreuung sowie der sinnvollen Betätigung und Geselligkeit in unseren Begegnungsstätten zu erhalten und zu erweitern.

"Miteinander - Füreinander" - Das ist das Motto, das seit 1968 unser Handeln bestimmt und auch weiterhin bestimmen wird. Darin beziehen wir auch jene Menschen ein, die vor Krieg und bitterer Not aus ihrer Heimat fliehen mussten und nun bei uns ein neues Zuhause gefunden haben. Im Namen des Landesvorstandes und der Landesgeschäftsstelle danken wir allen fleißigen Sammlerinnen und Sammlern für ihren Einsatz und allen Spendern für Ihre Unterstützung.

Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e.V.

Dr. Bernd Niederland
Vorsitzender

Roswitha Orban
Geschäftsführerin



Zwischen Lausitz und Uckermark



Die Volkssolidarität im Land Brandenburg

Ausgabe August 2014



Historische Anlagen und Gebäude, Flora und Fauna der Dübener Heide sowie kilometerlange Deichanlagen - all dies wurde am 14. Juni beim 8. Wandertag des VS Landesverbandes Brandenburg e.V. von rund 600 Wanderern aus Brandenburg, Berlin und Sachsen erkundet. Start und Ziel war der Kurort Bad Döben, mit seiner mittelalterlichen Burg und der reizvollen Umgebung an der Unteren Mulde. Mit Anorak und Schirm waren die Teilnehmer auch auf gelegentliche Regenschauer bestens eingestellt (Bericht Seite 4). Foto: LR

Aus dem Inhalt

Seite

<i>Versuch eines Dialogs mit Kandidaten</i> Wählerforum vor der Landtagswahl am 14. September	4	<i>"Märchen-Omas und Folklore mit "Iwuschka"</i> Stadtteil- und Sommerfest in Bernau	13
<i>"Es war eine lange, lange Zeit..."</i> Sommerfest in der Kita "Zauberwald" zum Abschluss der Komplettsanierung	5	<i>"Unser Haus wird gut angenommen"</i> Treff der Generationen in Lychen	14
<i>Ehrungen, Ausflüge und Sportfeste</i> 21. Brandenburgische Seniorenwoche	7	<i>"Ich bin doch nicht Johannes Heesters"</i> HÖCHST persönlich: Gerda Fischer	16
<i>Frauenpower in der Turnhalle</i> Aktionstag des Landessportbundes	11	<i>Eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft</i> Fachgespräch zur Demografie	17

AUS UNSEREM LANDESVERBAND

Vor der Landtagswahl am 14. September Versuch eines Dialogs mit Kandidaten



Sie diskutierten: Ursula Nonnemacher (Bündnis 90/Die Grünen), Roswitha Schier (CDU), Andreas Büttner (FDP), Marco Büchel (Die Linke), Moderator Jörg Trinogga, Staatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt und VS Landesvorsitzender Dr. Bernd Niederland (v.l.n.r.)

Potsdam. Die Brandenburger sind mit ihrem Leben zufriedener, denn je, die Armutsgefährdung in Brandenburg bleibt anhaltend hoch, die Märker sprechen sich deutlich für den Erhalt und die Vervollkommnung des Sozialstaats aus und die medizinische sowie pflegerische Versorgung müssten dringend verbessert werden. Dies sind einige Kernaussagen aus dem "Sozialreport 2014 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in Brandenburg". Die Studie wurde im Auftrag des VS Landesverbandes Brandenburg e.V. vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. erarbeitet, am 23. Juni der Presse vorgestellt und tags darauf im Seminarishotel in Potsdam in einem Forum mit Kandidaten für die Landtagswahl am 14.9. diskutiert. Jedenfalls wurde es versucht, denn was die Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke und FDP (die SPD-Abgeordnete musste kurz zuvor aus familiären Gründen absagen) den rund 60 Zuhörern boten, waren Monologe mit Statements zu

mehr oder weniger bekannten Positionen ihrer Parteien. Meinungsstreit war leider selten, auch von Selbstkritik keine Spur, dafür gab es mehrfach den üblichen Fingerzeig auf den politischen Gegner, nach dem Motto "Wir würden ja gern etwas ändern, aber die anderen lassen uns leider nicht..."



Zudem war die Zeit knapp, so dass fast nur ein einziger Themenkomplex behandelt werden konnte: der anhaltende Pflegenotstand in Brandenburg, insbesondere der Mangel an Fachkräften. Eine wesentliche Ursache, so der VS Landesvorsitzende Dr. Bernd Niederland, sei die höchst unterschiedliche Bezahlung der Pflegekräfte in Berlin und Brandenburg. Auch lägen die Leistungsentgelte der Krankenkassen um rund 50 Prozent unter denen in Berlin. In den zuständigen Landes-Ministerien

verweise man dazu stets auf die autonome Selbstverwaltung der Krankenkassen, mit denen die Leistungserbringer eben besser verhandeln müssten. Die Politik könne nicht in diese Selbstverwaltung eingreifen. Dieses Argument, so Dr. Niederland, sei "absurd und fadenscheinig". Es gebe durchaus Beispiele, bei denen die Politik Einfluss genommen habe. Angesichts der Lage im Pflegebereich sei dies dringend nötig.

Diese Ansicht wurde zum Teil von einigen Abgeordneten unterstützt. So plädierte Andreas Büttner (FDP) ebenfalls für eine gerechtere Bezahlung. "Die Unterschiede zwischen Berlin und Brandenburg sind nicht akzeptabel." Marco Büchel (Die Linke) meinte, vor allem die AOK Nord habe über die Pflegesätze "schlecht verhandelt". Darauf müssten auch Landespolitiker hinweisen und von den Kassen eine "Nachsteuerung" einfordern. Ähnlich äußerte sich Staatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt vom Gesundheitsministerium. "Die Probleme sind lange bekannt, jetzt fehlen mutige Entscheidungen." LR

Vor dem Wählerforum am Nachmittag wurde der "Sozialreport 2014" vom Vorsitzenden des VS Landesverbandes ausführlich vorgestellt. Zu diesem sowie zu den "Wahlprüfsteinen" der Volkssolidarität, die seit Monaten in Veranstaltungen der Kreis- und Regionalverbände diskutiert werden, gab es einige Wortmeldungen:

Andreas Heil (*Fachreferent Pflege in der VS Landesgeschäftsstelle*)

"Im Vergleich mit anderen Bundesländern belegt Brandenburg in fast allen Bereichen hintere Plätze. Hier wird am schlechtesten bezahlt und es gibt die geringste Personalausstattung. Bis 2030 wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen nahezu verdoppeln. Wir fordern u.a. die leistungsgerechte Bezahlung der in der Pflege tätigen Menschen, die Abschaffung des Schulgeldes für Auszubildende in der Altenpflege und die aktive Unterstützung der Landesregierung im Verhandlungsprozess zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern."



Arite Schumann-Klos (*Leiterin der VS Kita "Grünschnäbel" in Spremberg*)

"Die Arbeit mit Kindern war schon immer mein Traumberuf, doch die Bedingungen für uns als freie Träger haben sich in den letzten Jahren immer weiter verschlechtert. Wir kämpfen ums Überleben und brauchen vor allem mehr Personal und damit eine Veränderung des in Brandenburg geltenden Personalschlüssels. Nur so wären auch flexiblere Öffnungszeiten möglich, die von vielen Eltern gewünscht werden. Große Hilfe erhalte ich als Leiterin von Ehrenamtlichen, die oft genau so lange in der Kita bleiben, wie die Mitarbeiterinnen."

Marianne Bischoff (*Vors. des Kreisverbandes Uckermark, Mitglied des Landesvorstandes*)

"Ich leite seit 2007 unsere Freiwilligenagentur, arbeite also mit vielen Ehrenamtlichen zusammen. Freiwilliges Engagement wird in unserem Verband weiterhin gebraucht, sollte jedoch nachhaltig und längerfristig finanziell gefördert werden. Das wäre in jedem Fall besser, als viele geförderte Einzelprojekte, die zeitlich begrenzt sind. Auch darf das Ehrenamt nicht zum Ersatz für fehlendes Personal werden. Allerdings ärgert es mich, wenn mich z.B. ein Lehrer im Vorrang, den ich für ein Ehrenamt gewinnen möchte, zuerst nach Geld fragt..."



Wolfgang Gleis (*stellv. Vors. des LV und des Seniorenbeirats der Stadt Brandenburg/Havel*)

"Die Bevölkerung in Brandenburg schrumpft und wird älter, doch unser Land muss deshalb nicht alt aussehen. Wir sollten den demografischen Wandel als Chance sehen. Auch dürfen wir nicht zulassen, dass Generationen gegeneinander ausgespielt werden. Die Landesregierung muss Vorsorge treffen, damit alte Menschen den letzten Lebensabschnitt in Würde gestalten können. Eine wichtige Aufgabe haben dabei die Seniorenbeiräte, die sich nach der Kommunalwahl im Mai neu formieren müssen und in denen die VS bisher gut vertreten war."

Den "Sozialreport 2014 - Land Brandenburg", die "Wahlprüfsteine" sowie die Ausführungen des Vorsitzenden zu diesen Dokumenten finden Sie als PDF-Datei unter www.volkssolidaritaet.de/brandenburg

Verstärkung für die "Renten-Sprechstunde" Das fleißige Lernen hat sich gelohnt

Potsdam. Für die "Renten-Sprechstunde", ein beliebter Bestandteil der Sozialberatung im VS Landesverband, stehen seit dem 2. Juni sieben weitere ehrenamtliche Berater zur Verfügung. Rosemarie Voigt, Regina Blüthmann, Peter Brag, Ursula Nikitenko, Adelheid Andreas und Heiko Schlotte (auf dem Foto v.l.n.r. neben Kursleiter Frank Gaethke) erhielten an diesem Tag ihr Zertifikat für die erfolgreiche Teilnahme am Lehrgang. Sieben Monate hat-



ten sie fleißig Gesetze und Verordnungen studiert, sich über Neuerungen informiert und anhand eigener Erfahrungen emsig diskutiert. Roswitha Orban, Geschäftsführerin

des Landesverbandes, gratulierte zum "Durchhaltevermögen" und erfolgreichen Abschluss. Kerstin Piper hat es ebenfalls geschafft, konnte bei der Übergabe leider nicht dabei sein. - Die "Renten-Sprechstunde", die von den Brandenburgern gut angenommen wird, gibt es in 11 von 15 Kreis- und Regionalverbänden. Im Oktober/November soll ein weiterer Kurs mit Frank Gaethke starten, für den man sich in der Landesgeschäftsstelle anmelden kann. LR



Zwischen Lausitz und Uckermark



Die Volkssolidarität im Land Brandenburg

Ausgabe Mai 2014



Gemeinsam singen, um sich besser kennenzulernen. Dieses Anliegen verbindet den gemischten Seniorenchor der Volkssolidarität in Guben und den polnischen Frauenchor "Gubinskie Luzycanki". Seit mehr als zehn Jahren pflegt man freundschaftliche Kontakte und seit vier Jahren haben beide Gruppen mit Danuta Kaczmarek auch die gleiche Chorleiterin. Zum jüngsten gemeinsamen Auftritt traf man sich im März anlässlich des Internationalen Frauentages im VS Begegnungszentrum. Mehr auf Seite 9. Foto: Ute Richter

Aus dem Inhalt

	Seite		
<i>Mit den Abgeordneten im Gespräch bleiben</i>		<i>Nützliche Tipps und Meinungsstreit</i>	
Diskussion zu den Wahlprüfsteinen der VS	4	"Tag der offenen Tür" in der Begegnungsstätte	11
<i>Spielerisch fordern, Selbständigkeit erhalten</i>		<i>Damit die jungen Alten fit bleiben</i>	
MAKS-Therapie für Demenzkranke	6	Zehn Jahre Interessengemeinschaft Gymnastik	14
<i>Geborgenheit, Zuspruch und Hilfe für Mutter und Kind</i>		<i>"Wo es nur ums Geld geht, möchte ich nicht arbeiten"</i>	
Fünf Jahre Jugendwohnanlage in Finsterwalde	7	Höchst persönlich: Marina Schellhase	16
<i>Endlich mehr Platz für Betreuung und Kreativität</i>		<i>Pflege kann nicht nur vom Geldbeutel abhängen</i>	
Tagesstätte zog ins Zentrum von Eberswalde	8	Deutliche Forderungen an die Politik	17
<i>Für stabile Verhältnisse beim Personal</i>		<i>"Zusatzbeiträge belasten allein die Versicherten"</i>	
Wettbewerb um den AOK-Gesundheitspreis	10	Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung	18

Spielerisch fordern, Selbständigkeit erhalten

Potsdam. Drei Tage lang wurde informiert, diskutiert, gemeinsam gebastelt oder gesungen - zum Abschluss dieser Weiterbildung Ende März in Potsdam gab es für 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet ein Zertifikat für die Anwendung der MAKS-Therapie. Die Abkürzung steht für **M**otorische **A**lltagspraktische **K**ognitive **A**lltagstherapie mit **S**piritueller Einstimmung und beinhaltet 200 praktische Übungen zur Behandlung von Demenzkranken, ohne Medikamente. Entwickelt wurde sie von der psychiatrischen Uniklinik Erlangen, in Zusammenarbeit mit stationären Pflegeeinrichtungen.

Ein Jahr lang wurden in fünf Gruppen an sechs Tagen pro Woche in jeweils zwei Stunden die einzelnen Module entwickelt und am Ende in einer Studie (Foto rechts) zusammengefasst. Für viele Übungen oder Spiele kamen einfache alltägliche Materialien zum Einsatz. Als Beispiele nannte Dr. Eichenseer das Kegeln mit Wasserflaschen, das Modellieren mit Knetmasse sowie Übungen mit Papier und Bleistift. Am Beginn stand jeweils eine stimmungsvolle spirituelle Einstimmung der Teilnehmer, mit christlichem Inhalt oder mit Bezug auf die Jahreszeit oder ein besonderes bevorstehendes Fest.

betonte die Referentin, es gehe vor allem darum, die Patienten spielerisch zu fordern, um ihre Selbständigkeit möglichst lange erhalten zu können. "Die Erkrankten brauchen Erfolgserlebnisse und Wertschätzung, anstatt ständig vorgehalten zu bekommen, was sie alles nicht mehr können." Nur so sei es möglich, sie vom Rückzug in ihre eigene stille Welt abzuhalten. In den Einrichtungen, die bereits mit der MAKS-Therapie arbeiten, wären erste Erfolge deutlich sichtbar. Die Übungen würden stets weiter entwickelt und auch in ambulanten Einrichtungen erprobt. -



Federführend daran mitgewirkt hat Dr. Birgit Eichenseer (Foto Mitte). Bei der Weiterbildung, die auf Einladung des VS Landesverbandes Brandenburg e.V. stattfand, informierte sie nun sehr anschaulich über die Entwicklung und die Bestandteile der neuen Therapie.

Wichtig sei, dass die Übungen in einer angenehmen Atmosphäre stattfinden, betonte die Wissenschaftlerin. Kerzenschein, Musik oder viele Farben könnten dazu beitragen; die Teilnehmer sollten sich vor allem geborgen fühlen. Zum Anliegen der MAKS-Therapie

Nach der Veranstaltung in Potsdam kommt die neue Therapieform auch in Einrichtungen des VS Landesverbandes Brandenburg zum Einsatz. "Dafür bleiben wir mit den Wissenschaftlern im Gespräch", erklärt Fachreferent Andreas Heil. *Text/Fotos: LR*

Freude beim Tanzen, Abschalten vom Alltag



Potsdam. Freude und Entspannung in geselliger Runde - das bietet das "Tanzcafé" im Treffpunkt Freizeit in Potsdam 2 x jähr-

lich Menschen, die an Demenz erkrankt sind und ihren Angehörigen. "Sie sollen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und vom Alltag abschalten können", erläutert Dr. Brigitte Wagner vom VS Stadtverband Potsdam. 2002 gab es das erste "Tanzcafé"; zunächst gemeinsam mit der Beratungsstelle des Landesausschusses für Innere Mission (LAFIM) und seit drei Jahren organisiert Dr. Wagner die Veranstaltung allein in Kooperation mit dem Treffpunkt Freizeit.

Im Laufe der Jahre trug sie zielstrebig mit hohem persönlichen Engagement maßgeblich dazu bei, ein System der Beratung und Betreuung aufzubauen, das über das Land Brandenburg hinaus als beispielhaft gilt. So gibt es vier Betreuungsgruppen, die monatlich von 125 Erkrankten besucht werden; 80 ehrenamtliche Helfer sind in der niedrigschwelligen Betreuung engagiert und waren allein 2013 insgesamt 13 953 Stunden in 144 Haushalten tätig. *Text/Foto: LR*



Zwischen Lausitz und Uckermark



Die Volkssolidarität im Land Brandenburg

Ausgabe Februar 2014



Kleine Sänger auf großer Bühne: Das bekannte Gesangsduo Anita und Alexandra Hofmann machte bei seiner Jubiläumstournee zum 25jährigen Bühnenjubiläum am 15. Februar auch in Herzberg Station. Im Konzert mit dabei war der Chor der VS-Kita "Flax und Krümel", der erst im vergangenen Jahr gegründet wurde. Doch gesungen und musiziert wird dort seit vielen Jahren, wie der Bericht auf Seite 11 zeigt. *Foto: Rico Meißner*

Aus dem Inhalt

Seite

<i>Für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit</i>		<i>Möglichst lange in den eigenen vier Wänden leben</i>	
Interview mit dem Vorsitzenden Dr. Bernd Niederland	2	Neues Projekt "Kümmerer"	10
<i>Ein Markenzeichen der Volkssolidarität</i>		<i>Weil ich einmal Sängerin werden will</i>	
20 Jahre Begegnungsstätte "Goldener Herbst"	4	Musikalische Früherziehung in der Kita	11
<i>Gute Beispiele sollen Schule machen</i>		<i>Unterhaltsame Kunst aus der "Kiste"</i>	
"Sport frei" bei der Volkssolidarität	6	15 Jahre Theatergruppe der OG Hennigsdorf	14
<i>Kita "Zauberwald" wird noch zauberhafter</i>		<i>"Ich leiste doch nichts Besonderes"</i>	
Sanierung vor dem Abschluss	7	Höchst persönlich: Renate Hannemann	17
<i>Mitbewohner werden noch gesucht</i>		<i>Bezahlbar - altersgerecht - sozial integriert</i>	
Modellprojekt "Leben mit Familienanschluss"	8	Sozialpolitische Tagung zum Wohnen im Alter	19

Mitbewohner werden noch gesucht

Schwedt. Wer hochbetagt ist und allein lebt, im Alltag zunehmend auf Hilfe angewiesen ist und nicht in ein Pflegeheim umziehen, sondern im vertrauten Umfeld bleiben möchte, könnte bald von einem neuen Angebot profitieren: "Leben mit Familienanschluss", so der Titel des Modellprojekts, das Mitte 2013 im Landkreis Uckermark gestartet wurde und vom Spitzenverband der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen gefördert wird. Vorbild ist das Modell der Gastfamilien in Frankreich, das sich dort gut bewährt hat.

Partner im Land Brandenburg ist der Volkssolidarität Kreisverband Uckermark. Wie Projektkoordinatorin Heidi Radecker (Foto) berichtet, sei es gelungen, in Schwedt und in Friedrichswalde zwei Gastfamilien zu finden, die betagten Mitbewohnern ein neues Zuhause mit Familienanschluss anbieten können. Die eine Wohnung sei 45, die andere 49 Quadratmeter groß, jeweils mit Wohn- und Schlafzimmer sowie Bad und Küche. Auch Möbel sind vorhanden und können genutzt werden.

"Anfang Februar wurden die beiden Gastfamilien von Fachleuten der Sozialakademie Potsdam geschult," berichtet Heidi Radecker. "Dabei ging es u.a.

um die Vertragsbeziehungen, die Leistungen der Familien, Bestimmungen des Sozialgesetzbuches oder auch um haftungsrechtliche Aspekte." Gegenwärtig sei man in der Region nun auf der Suche nach geeigneten Mitbewohnerinnen oder Mitbewohnern.

Bedingung: sie müssen mindestens Pflegestufe 1 haben und soll-



ten sich innerhalb der Gastfamilien entsprechend ihren Möglichkeiten noch nützlich machen können. "Sie sollen also aktiv am Familienleben teilnehmen und dabei stets das Gefühl haben, dass sie noch gebraucht werden", erläutert die Koordinatorin.

Das Modellprojekt sieht vor, dass die Gastfamilien monatlich die Miete und eine Betreuungspauschale von 1000 Euro bekommen. "Für die Krankenkassen ist das günstiger, als ein Heimplatz", so Heidi Radecker. Habe man zu den Gastfamilien die passenden Mitbewoh-

ner gefunden, gebe es zunächst eine Phase des gegenseitigen Kennenlernens, bevor der Einzug starten könne.

Im VS Kreisverband Uckermark ist man stolz darauf, an diesem Modell mitwirken zu können. Politiker und beteiligte Wissenschaftler erhoffen sich davon eine neue Möglichkeit, auf den demografischen Wandel vor allem in dünn besiedelten ländlichen Gebieten, wie der Uckermark, zu reagieren.

Laut VS Geschäftsführerin Bärbel Glogau gebe es dabei einige bürokratische Hürden, die jedoch überwindbar wären. So müssten z.B. Miet- und Betreuungsverträge abgeschlossen werden, was bei pflegenden Angehörigen nicht nötig sei. "Doch das Projekt ist wichtig und spannend", betont die Geschäftsführerin. "Es ist schön, dass wir daran beteiligt sind." LR

Weitere Informationen zu diesem Projekt gibt es in der Geschäftsstelle des VS Kreisverbandes Uckermark.

Adresse:

16278 Angermünde
Straße des Friedens 5 a
Telefon: 03331/3 24 35
Fax: 03331/2 36 49
E-Mail:
uckermark@volkssolidaritaet.de

KALEIDOSKOP

Bestnoten für die Pflege

Potsdam. Die 39 ambulanten Pflegedienste (Sozialstationen) im VS-Landesverband Brandenburg e.V. schnitten auch 2013 bei der Überprüfung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) sehr gut ab: für sie gab es die Durchschnittsnote 1,2, teilt Fachreferent Andreas Heil mit.

Eintrag ins Ehrenbuch

Werneuchen. Sigrid Walther, Leiterin des Malzirkels der VS-Mitgliedergruppe in Werneuchen, durfte sich beim Neujahrsempfang des Bürgermeisters in das Ehrenbuch der Stadt eintragen. Damit wurde ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement in der Volkssolidarität gewürdigt.

15 Jahre Bowling

Bad Belzig. Die Bowling-Gruppe der VS-Ortsgruppe Bad Belzig beging Mitte Januar ihren 15. Geburtstag. Unter Leitung von Elfriede Knorr wurde mit elf Teilnehmern begonnen; heute sind es 22, die an jedem Montag trainieren. Auch Nichtmitglieder der VS sind stets willkommen.



Zwischen Lausitz und Uckermark



Die Volkssolidarität in Brandenburg

Ausgabe Februar 2013



Zwei, die sich verstehen: Der kleine Theo und seine Oma. - Dieses Foto von Ehrenfried Keil ist auf vielen Plakaten und Flyern zur Listensammlung 2013 zu finden. Mehr auf Seite 2 und 3.

Aus dem Inhalt

	Seite:		
<i>Viel Spaß mit Clown Zippo</i>	4	<i>"Es geht um Maßarbeit"</i>	5
Gemeinsame Aktion mit Antenne Brandenburg		Interview mit Fachreferent Andreas Heil	
<i>"Ich möchte keinen Tag missen"</i>	7	<i>Von Login bis Logout</i>	8
Gerlinde Schnittker ging in den Ruhestand		Beliebte Computerkurse in Potsdam	
<i>HÖCHST-persönlich</i>	14	<i>Die Herausforderungen 2013</i>	15
"Hausdame" Dr. Dorothea Stahnke-Jungheim		Verbandspräsident Prof. Dr. Gunnar Winkler	

Für jede Diagnose ein passender Schlüssel



Teltow. Für jede Krankheit gibt es einen Diagnose-schlüssel, den nur der Arzt kennt und der von Fachkollegen auf der ganzen Welt verstanden wird. Im Bereich der Pflege gibt es diese all-umfassenden, auf einen Buchstaben- und Zahlen-code reduzierten Pflegediagnosen, noch nicht. Doch sie kommen, denn weltweit wird bereits daran gearbeitet. Das erfuhren 65 leitende

Pflegekräfte der Volkssolidarität (VS) und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) am 13. Februar bei einer interessanten Fachtagung in Teltow.

Referentin war die bekannte Heilpraktikerin Raphaela Horvath aus Berlin (linkes Foto). Sie informierte darüber, dass seit 1995 eine europaweit einheitliche Klassifikation der Pflegediagnosen entwickelt wird. Damit sollen u.a. die Verständigung zwischen Ärz-

ten und Pflegediensten verbessert, die Qualität der ganzheitlichen Betreuung gesteigert und die Leistungen gegenüber den Krankenkassen effektiver abgerechnet werden können.

"Das ist Zukunftsmusik, doch wir müssen uns darauf einstellen", so die Referentin. Nach dem Vortrag konnten sich die Teilnehmer schon mal anhand der Anamnese eines fiktiven Patienten in "Diagnose-Verschlüsselung" üben. - Die Fachtagung war übrigens die erste gemeinsame von VS und AWO. "Wir sollten mehr zusammenarbeiten", meinte Dr. Dieter Wollenberg vom AWO Landesverband Brandenburg. "Im Wettbewerb miteinander, statt gegeneinander."

Text/Fotos: LR

"Es geht um Maßarbeit"

Interview mit **Andreas Heil**, Fachreferent Pflege in der VS Landesgeschäftsstelle

Redaktion: Sie haben kürzlich einen Leitfaden für den altersgerechten Umbau von Wohnungen erarbeitet. Was war der Anlass ?

A. Heil: Erfreulicherweise werden die Menschen heutzutage immer älter. Damit wächst auch der Bedarf an alters- und behindertengerechten Wohnungen. Da viele Menschen auch im hohen Alter, wenn sie nicht mehr so mobil sind, in ihrer gewohnten Umgebung bleiben möchten, sind oft Umbauarbeiten nötig. Es geht also um Maßarbeit. Aus vielen Beratungsgesprächen wissen wir, dass der Informationsbedarf zu diesen Fragen sehr groß ist. Der Leitfaden mit wesentlichen Richtlinien ist also als Handreichung für die Betroffenen und ihre Familien gedacht.



Redaktion: Was ist der konkrete Inhalt ?

A. Heil: Es gibt zwei Checklisten, die eine zu Wohnungsinnenräumen, die zweite zum Wohnungszugang und zu den Außenanlagen. So erfährt der Leser z.B., dass Flure eine Mindestbreite von 1,20 Metern haben sollten, dass bei Türen die Durchgangshöhe von 180 Zentimetern optimal wäre oder dass Wege zu Gebäuden mindestens 1,50 Meter breit sein müssen, um nur einige Beispiele zu nennen. Außerdem gibt es Hinweise auf die entsprechenden DIN-

Normen sowie auf die Internetseite <http://nullbarriere.de>.

Redaktion: Wo können interessierte Bürger diesen Leitfaden erhalten ?

A. Heil: Im Kompetenzzentrum Pflege beim Volkssolidarität Bundesverband e.V., Alte Schönhauser Straße 16 in 10119 Berlin und im Internet.

Übrigens gibt es seit Ende Dezember auch ein Informationsblatt zum "Pflege-Neuausrichtungsgesetz" (PNG) für Klienten unseres Landesverbandes. Es ist ebenfalls im Internet zu finden, unter www.volkssolidaritaet.de>Brandenburg>Leistungsangebote>Pflege und Betreuung>Pflegeberatung.

Für Fragen oder Anregungen stehe ich in der Landesgeschäftsstelle selbstverständlich gern zur Verfügung, erreichbar unter 0331/70 42 31 0.